

**A b d r u c k
Niederschrift**

über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Kreistages Miltenberg
von Mittwoch, den **19.03.2008**,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.

Für den in der Zeit von 17:25 Uhr bis 18:00 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Kreistagsmitglieder

Frau Gabriele Almitter	
Herr Dietmar Andre	anwesend bis 15.00 Uhr
Frau Marion Becker	anwesend bis 17:00 Uhr
Herr Karl-Heinz Bein	
Herr Michael Berninger	
Herr Joachim Bieber	
Herr Michael Böhme	
Herr Erwin Dotzel	
Frau Ellen Eberth	
Herr Hermann-Josef Eck	
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn	
Frau Emma Fichtl	
Herr Bruno Fischer	
Herr Hans Grimm	
Herr Boris Großkinsky	
Herr Michael Günther	
Herr Erich Hein	
Frau Birgit Hotz	
Herr Dr. Heinz Kaiser	
Frau Claudia Kappes	
Herr Ferdinand Kern	
Frau Marliese Klappenberger-Thiel	anwesend bis 15:45 Uhr
Herr Richard Klug	
Herr Erich Kuhn	
Herr Edwin Lieb	
Herr Dr. Heinz Linduschka	
Frau Isolde Marsilia	
Herr Thorsten Meyerer	
Frau Petra Münzel	
Herr Karl Neuser	
Frau Waltraud Nutz	
Herr Helmut Oberle	
Herr Günther Oettinger	
Herr Jürgen Reinhard	
Herr Paul Ripperger	
Herr Ludwig Ritter	
Herr Berthold Rüth	

Herr Jens Marco Scherf
Herr Ludwig Scheurich
Herr Otto Schmedding
Frau Ruth Schöyen
Frau Monika Schuck
Herr Kurt Schumacher
Herr Dr. Ulrich Schüren
Herr Kurt Schüßler
Herr Manfred Schüßler
Herr Hermann Spinnler
Herr Erich Stappel
Herr Bernhard Stolz
Herr Ivo Trützler
Herr Dr. Rainer Vorberg
Herr Roland Weber
Frau Ruth Weitz
Herr Wolfgang Zöller

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsmitglieder

Frau Sonja Dolzer-Lausberger
Herr Ulrich Frey
Herr Joachim Lüft
Frau Gabriele Manderfeld-Albreit
Frau Gabriele Weber

Gefehlt hat:

Herr Dr. Jörg Vorbeck

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Dr. Erwin Dittmeier, Medizinaldirektor
Herr Dietmar Fieger, Verwaltungsdirektor
Herr Steffen Krämer, Regierungsoberinspektor
Herr Gerald Rosel, Oberregierungsrat
Herr Gerhard Rüth, Verwaltungsamtsrat
Frau Margrit Schulz, Kreisbaumeisterin
Herr Kurt Straub, Verwaltungsoberamtsrat
Herr Manfred Vill, Verwaltungsamtsrat (Punkt 4)
Frau Kerstin Weckwerth, Leiterin der Rohe'schen Altenheimstiftung Kleinwallstadt (Punkt 8)
Frau Ursula Mottl, Schriftführerin
Frau Eva Ullrich, Schriftführerin

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte Landrat Schwing

- Kreisrat Hermann Josef Eck zur Vollendung des 70. Lebensjahres am 06.03.2008
- Kreisrätin Monika Schuck zur Vollendung des 50. Lebensjahres am 10.03.2008
- Kreisrätin Birgit Hotz zur Verleihung der Kommunalen Dankurkunde am 28.01.2008.

Tagesordnung:

- 1 Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 17.12.2007
- 2 Anerkennung folgender Sitzungsniederschriften wegen Ende der Wahlperiode zum 30.04.2008:
 - Jugendhilfeausschuss vom 08.11.2007
 - Bauausschuss vom 13.02.2008
 - Kreisausschuss vom 13.03.2008
 - Kreistag vom 19.03.2008
 - Bauausschuss vom 20.03.2008
 - Ausschuss für Natur- und Umweltschutz vom 31.03.2008
- 3 Neubestellung des Schöffenwahlausschusses für die Amtsperiode 2008 bis 2013:
Wahl von 7 Vertrauenspersonen
- 4 Änderung von § 4 des ARGE-Vertrages wegen flankierender Eingliederungsmaßnahmen nach § 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 bis 4 SGB II
- 5 Jahresrechnung 2006 des Landkreises Miltenberg:
 - a) Örtliche Prüfung
 - b) Feststellung
- 6 Rechnungsjahr 2006: Erteilung der Entlastung nach Art. 88 LKrO
- 7 LEADER in ELER:
Grundsatzbeschluss zur Unterstützung von Projekten
- 8 Freiwillige Leistungen des Landkreises Miltenberg als Planungsbeitrag und zur Erhaltung von grenzüberschreitenden regionalen und überregionalen Fern-Radweg-Routen
- 9 Haushaltsplan 2008 der Rohe'schen Altenheimstiftung Kleinwallstadt
- 10 Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2008 des Landkreises Miltenberg
- 11 Rückblick auf die Legislaturperiode 2002 bis 2008

Tagesordnungspunkt 1:

Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 17.12.2007

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages vom 17.12.2007 wurden innerhalb der 14-tägigen Frist keine Einwendungen erhoben. Sie gilt daher als anerkannt.

Tagesordnungspunkt 2:

Anerkennung folgender Sitzungsniederschriften wegen Ende der Wahlperiode zum 30.04.2008:

- Jugendhilfeausschuss vom 08.11.2007
- Bauausschuss vom 13.02.2008 - Kreisausschuss vom 13.03.2008
- Kreistag vom 19.03.2008
- Bauausschuss vom 20.03.2008
- Ausschuss für Natur- und Umweltschutz vom 31.03.2008

Landrat Schwing wies darauf hin, dass wegen Ende der Legislaturperiode 2002 bis 2008 zum 30.04.2008 eine Beschlussfassung entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung erforderlich sei.

Durch den Kreistag wurde daraufhin einstimmig folgendes

b e s c h l o s s e n :

1. Die Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 08.11.2007 gilt als anerkannt, weil innerhalb der 14-tägigen Frist keine Einwendungen erhoben wurden.
2. Wenn gegen folgende Sitzungsniederschriften innerhalb der 14-tägigen Frist keine Einwendungen erhoben werden, gelten diese ebenfalls als anerkannt:
 - Bauausschuss vom 13.02.2008
 - Kreisausschuss vom 13.03.2008
 - Kreistag vom 19.03.2008
 - Bauausschuss vom 20.03.2008
 - Ausschuss für Natur- und Umweltschutz vom 31.03.2008.

Sollten gegen die vorgenannten Sitzungsniederschriften Einwendungen erhoben werden, wird die Verwaltung mit der Abklärung beauftragt. Für den Fall, dass dies nicht möglich ist, werden die Einwendungen der jeweiligen Sitzungsniederschrift beigeheftet.

Tagesordnungspunkt 3:

**Neubestellung des Schöffenwahlausschusses für die Amtsperiode 2008 bis 2013:
Wahl von 7 Vertrauenspersonen**

Verwaltungsdirektor Fieger gab bekannt, dass die Regierung von Unterfranken mit Schreiben vom 15.01.2008 mitgeteilt habe, dass im Jahr 2008 wieder die Vertrauenspersonen (Beisitzer) für den Schöffenwahlausschuss bei dem jeweiligen Amtsgericht zu wählen seien.

Die Neuregelungen in § 40 GVG und in der Schöffenbekanntmachung vom 18.09.2007 sehen vor, dass je Amtsgerichtsbezirk nur noch 7 Vertrauenspersonen (gegenüber 10 in 2004) für eine Amtszeit von 5 Jahren (gegenüber 4 Jahren in 2004) zu wählen seien.

Gemäß § 40 GVG werden die 7 vom Kreistag zu wählenden Vertrauenspersonen aus den Einwohnern des Amtsgerichtsbezirks (= Landkreis) gewählt. Wählbar seien demnach alle wahlberechtigten Einwohner des Landkreises Miltenberg, nicht nur Kreisrätinnen oder Kreisräte.

Die Vertrauenspersonen werden mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder, mindestens jedoch mit der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl (d.h. mit mindestens 31 Stimmen) in geheimer Abstimmung gewählt.

Die Wahl der Vertrauenspersonen müsse gemäß Nr. 27.6 Schöffenbekanntmachung bis spätestens zum 15.05.2008 abgeschlossen sein, damit der Direktor des Amtsgerichts Obernburg a.Main den Wahlausschuss rechtzeitig einberufen könne.

Zur Vorbereitung der heutigen Wahl der Beisitzer für den Schöffenwahlausschuss habe Landrat Schwing den Fraktionsvorsitzenden und der Sprecherin der Ausschussgemeinschaft mit Schreiben vom 29.01.2008 vorgeschlagen, wie bereits im Jahr 2004 zu verfahren, d.h. in analoger Anwendung des § 33 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Kreistag das dort niedergelegte Hare-Niemeyer-Verfahren anzuwenden und die 7 Sitze im Schöffenwahlausschuss wie folgt zu verteilen:

- CSU: 3 Sitze
- SPD: 2 Sitze
- Freie Wähler: 1 Sitz
- Neue Mitte oder Bündnis 90/Die Grünen: 1 Sitz.

Für die Fraktion Neue Mitte und die Ausschussgemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen-ödp ergebe sich bei jeweils vier Sitzen im Kreistag dieselbe Teilungszahl, nämlich 0,466. Die Zuordnung des 7. Sitzes müsse demnach per Losentscheid erfolgen.

Folgende Personen wurden vorgeschlagen:

Von der CSU-Fraktion:

1. Hein Erich, Kreisrat und Bürgermeister a.D., Schmalzgasse 22, 63868 Großwallstadt
2. Nutz Waltraud, Kreisrätin und Fachlehrerin a.D., Wengertsberg 8, 63928 Eichenbühl
3. Weber Gabriele, Kreisrätin und Hausfrau, Herzogin-von-Kent-Straße 13, 63916 Amorbach

Von der SPD-Fraktion:

1. Kern Ferdinand, Kreisrat und Betriebswirt, Martin-Luther-Straße 20, 63785 Obernburg a.Main
2. Dr. Schüren Ulrich, Kreisrat und Gymnasiallehrer, Meisenweg 10, 63820 Eisenfeld

Von der Fraktion Freie Wähler:

Lieb Edwin, Kreisrat und Bürgermeister, Spessartstraße 11, 63853 Mömlingen

Von der Fraktion Neue Mitte:

Stappel Erich, Kreisrat und Bäckermeister, Rathausstraße 76, 63939 Würth a.Main

Von der Ausschussgemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen-ödp:

Scherf Jens Marco, Kreisrat und Konrektor, Carl-Wiesmann-Straße 11, 63939 Würth a.Main.

Die Verwaltung habe für die beiden Alternativen des Ausgangs des Losentscheids Stimmzettel mit den vorgeschlagenen Personen vorbereitet.

Für die anschließende Wahl sei auf folgendes hinzuweisen:

- Jede Kreisrätin/jeder Kreisrat habe 7 Stimmen,
- je Kandidatin/je Kandidat dürfe nur eine Stimme vergeben werden,
- eine Kandidatin/ein Kandidat sei nur dann gewählt, wenn zwei Drittel der anwesenden Kreistagsmitglieder, mindestens jedoch 31, für sie/ihn gestimmt haben.

Für die Wahl wurde ein Wahlausschuss, bestehend aus Landrat Schwing (Vorsitzender) und den Abteilungsleitern Dr. Dittmeier, Fieger und Rosel gebildet.

Durch Losentscheid fiel der 7. Sitz der Fraktion Neue Mitte zu.

In geheimer Wahl wurden sodann im 1. Wahlgang mit der erforderlichen Stimmenzahl von mindestens 37 (zwei Drittel der 54 anwesenden Kreistagsmitglieder + Landrat) folgende Vertrauenspersonen in den beim zuständigen Amtsgericht Obernburg a.Main zu bildenden Schöffenwahlausschuss gewählt:

- | | |
|--|------------|
| 1. Hein Erich, Kreisrat und Bürgermeister a.D.,
Schmalzgasse 22, 63868 Großwallstadt | 52 Stimmen |
| 2. Kern Ferdinand, Kreisrat und Betriebswirt,
Martin-Luther-Straße 20, 63785 Obernburg a.Main | 45 Stimmen |
| 3. Lieb Edwin, Kreisrat und Bürgermeister,
Spessartstraße 11, 63853 Mömlingen | 43 Stimmen |
| 4. Nutz Waltraud, Kreisrätin und Fachlehrerin a.D.,
Wengertsberg 8, 63928 Eichenbühl | 41 Stimmen |
| 5. Dr. Schüren Ulrich, Kreisrat und Gymnasiallehrer,
Meisenweg 10, 63820 Eisenfeld | 43 Stimmen |
| 6. Weber Gabriele, Kreisrätin und Hausfrau,
Herzogin-von-Kent-Straße 13, 63916 Amorbach | 46 Stimmen |

Der Kandidat der Fraktion Neue Mitte, Kreisrat und Bäckermeister Erich Stappel, erhielt nur 33 Ja-Stimmen und war somit nicht gewählt.

Von der Fraktion Neue Mitte wurde sodann Herr Ivo Trützler, Kreisrat und Geschäftsführer, zur Wahl vorgeschlagen.

Im daraufhin durchgeführten 2. Wahlgang entfielen auf Kreisrat Ivo Trützler nur 34 Ja-Stimmen. Er war damit ebenfalls nicht gewählt.

Die Frage von Landrat Schwing, ob die Fraktion Neue Mitte einen weiteren Kandidaten benennen wolle, wurde vom Fraktionsvorsitzenden Kreisrat Stappel verneint.

Landrat Schwing schlug daraufhin die Schriftführerin des Kreistages Ursula Mottl als 7. Kandidatin vor.

Im daraufhin erfolgten 3. Wahlgang erhielt Ursula Mottl, Verwaltungsangestellte, Schlesierstraße 18, 63820 Eisenfeld, 43 Ja-Stimmen und war somit gewählt.

Die Verwaltung wurde sodann beauftragt, dem Direktor des Amtsgerichts Obernburg a.Main folgende 7 Vertrauenspersonen zur Neubestellung der Schöffenwahlausschüsse für die Amtsperiode 2008 bis 2013 zu benennen.

- | | |
|--|------------|
| 1. Hein Erich, Kreisrat und Bürgermeister a.D.,
Schmalzgasse 22, 63868 Großwallstadt | 52 Stimmen |
| 2. Kern Ferdinand, Kreisrat und Betriebswirt,
Martin-Luther-Straße 20, 63785 Obernburg a.Main | 45 Stimmen |
| 3. Lieb Edwin, Kreisrat und Bürgermeister,
Spessartstraße 11, 63853 Mömlingen | 43 Stimmen |

- | | |
|---|------------|
| 4. Nutz Waltraud, Kreisrätin und Fachlehrerin a.D.,
Wengertsberg 8, 63928 Eichenbühl | 41 Stimmen |
| 5. Dr. Schüren Ulrich, Kreisrat und Gymnasiallehrer,
Meisenweg 10, 63820 Elsenfeld | 43 Stimmen |
| 6. Weber Gabriele, Kreisrätin und Hausfrau,
Herzogin-von-Kent-Straße 13,63916 Amorbach | 46 Stimmen |
| 7. Mottl Ursula, Verwaltungsangestellte,
Schlesierstraße 18, 63820 Elsenfeld | 43 Stimmen |

Tagesordnungspunkt 4:

Änderung von § 4 des ARGE-Vertrages wegen flankierender Eingliederungsmaßnahmen nach § 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 bis 4 SGB II

Verwaltungsamtsrat Vill führte aus, dass nach den Vorschriften den SGB II nahezu alle Eingliederungsleistungen für Hartz IV-Empfänger im Zuständigkeitsbereich der Arbeitsagentur liegen und von dort vertraglich auf die ARGE Landkreis Miltenberg übertragen worden seien.

Eine Zuständigkeit des kommunalen Trägers im Eingliederungsbereich bestehe nur für die „flankierenden Eingliederungsmaßnahmen“ nach § 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 - 4 SGB II:

- Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen,
- Schuldnerberatung,
- psychosoziale Betreuung,
- Suchtberatung.

Von der Übertragung dieser Aufgaben auf die ARGE Landkreis Miltenberg sei beim seinerzeitigen Abschluss des ARGE-Vertrages abgesehen worden.

Das Bayerische Sozialministerium habe nun mit Rundschreiben vom 07.11.2007 darauf verwiesen, dass mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben auch die Pflicht verbunden sei, Daten hinsichtlich der Leistungen zu erheben und der Bundesagentur für Arbeit zu übermitteln. Danach seien sowohl die einzelnen Förderfälle als auch die hierfür anfallenden Ausgaben anzugeben. Die Daten seien als personenbezogene Daten mit Angabe der Kundennummer zu übermitteln (§ 51 b Abs. 1 Satz 2, § 51 a SGB II).

Mit der Dokumentation des Förderfalles in den auch von der ARGE Landkreis Miltenberg verwendeten Programmen coSachNT bzw. VerBIS könne diese gesetzliche Übermittlungspflicht gegenüber der Bundesagentur für Arbeit erfüllt werden. Auch wenn Vorhaltung und Finanzierung der flankierenden Leistungen beim Landkreis Miltenberg verbleiben, könne die Aufgabe der Datenübermittlung nach § 51 b SGB II auf die ARGE Landkreis Miltenberg übertragen werden.

Praktisch sei es für die Landkreisverwaltung weder möglich die Notwendigkeit von Leistungen nach § 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 - 4 SGB II in Einzelfällen zu prüfen, noch die Datenerhebung und -übermittlung an die Bundesagentur für Arbeit nach § 51 b SGB II zu gewährleisten. Nur bei der ARGE bestehen dafür die personellen und strukturellen Voraussetzungen. Es gebe deshalb keine vernünftige Alternative zur vorgeschlagenen Vertragsanpassung. Bereits seither hätten die Vermittler der ARGE Landkreis Miltenberg die Möglichkeit, Arbeitssuchende bei Bedarf an die für die Vorhaltung der flankierenden Leistungen zuständigen

kommunal finanzierten Dienste zu verweisen (z.B. Übernahme von Kindergartengebühr durch das Sachgebiet „Kinder, Jugend und Familie“, Pflegekinderdienst, Schuldnerberatungs- und Suchtberatungsstelle des Caritasverbandes, psychosoziale Beratungsstelle der AWO). Nachdem kein Grund bestehe, aufgrund der Vertragsänderung künftig von dieser Möglichkeit stärker Gebrauch zu machen, sei von einer kommunalen Ausgabenerhöhung durch die Vertragsänderung nicht auszugehen.

Die „Richtlinienkompetenz“ für die Zuweisung flankierender Eingliederungsleistungen bleibe auch nach der vorgeschlagenen Vertragsanpassung beim Landkreis Miltenberg. Die Entwurfsformulierung sei mit dem Sachgebiet „Kinder, Jugend und Familie“ abgestimmt. Die mit Vertretern des Landkreises Miltenberg und der Arbeitsagentur besetzte Steuerungsgruppe der ARGE Landkreis Miltenberg habe am 14.12.2007 vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Gremien die Vertragsänderung gemäß dem übermittelten Entwurf beschlossen.

Der Kreistag fasste auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 13.03.2008 einstimmig folgenden

B e s c h l u s s :

Der Änderung des ARGE-Vertrages wie folgt wird zugestimmt:

**Änderung
des öffentlich-rechtlichen Vertrages gemäß §§ 53 ff. SGB X
zwischen dem Landkreis Miltenberg und der Agentur für Arbeit Aschaffenburg
zur Errichtung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft im Sinne von § 44 b
des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)**

Änderungen *kursiv* und **fett**)

§ 4 Aufgaben und Aufgabenübertragung

- (1) (...)
- (2) (...)
- (3) Der Landkreis Miltenberg überträgt folgende der ihm nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGBII zustehenden Aufgaben an die ARGE Landkreis Miltenberg:
 - a) die Leistungen für Unterkunft und Heizung (§ 22 SGB II),
 - b) die Leistungen nach § 23 Abs. 3 SGB II, nämlich (...),
 - c) die Entscheidung über Leistungen nach § 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 bis 4 SGB II im Einzelfall,**
 - d) die Datenerhebung und –übermittlung an die Bundesagentur nach § 51 b SGB II, auch hinsichtlich der Leistungen nach § 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 – 4 SGB II.**Nicht übertragen werden durch den Landkreis Miltenberg insbesondere
 - a) die Finanzierung und Vorhaltung der Leistungsangebote** nach § 16 Abs. 2 Satz 2 SGB II, nämlich
 - Nr. 1: die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen,
 - Nr. 2: die Schuldnerberatung,
 - Nr. 3: die psychosoziale Betreuung,
 - Nr. 4: die Suchtberatung.
 - b) der Erlass von allgemeinen Richtlinien über die Gewährung der Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie nach **§ 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 – 4** und § 23 Abs. 3 SGB II, insbesondere

- die Festsetzung der angemessenen Obergrenzen für Unterkunft und Heizung,
- die Festlegung von Pauschbeträgen nach § 23 Abs. 3 Sätze 4 und 5 SGB II,
- die Festlegung von Obergrenzen für mehrtägige Klassenfahrten.

Tagesordnungspunkt 5:

Jahresrechnung 2006 des Landkreises Miltenberg:

a) Örtliche Prüfung

b) Feststellung

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Kreisrat Hein, wies darauf hin, dass heute der letzte Prüfungsbericht, den der Rechnungsprüfungsausschuss der Legislaturperiode 2002 bis 2008 erstellt habe, vorliege. Er wolle dies zum Anlass nehmen, allen Kollegen des Rechnungsprüfungsausschusses für die faire und offene Zusammenarbeit sehr herzlich zu danken. In den Sitzungen seien freundschaftliche Umgangsform gepflegt worden, so dass gute und für den Landkreis Miltenberg sehr nützliche Ergebnisse hätten erzielt worden seien. Einige dieser Ergebnisse verdienen es, hier noch einmal erwähnt zu werden.

Ergebnis der intensiven Beschäftigung mit den Bauausgaben des Landkreises Miltenberg sei letztlich gewesen, dass auf Nachtragsangebote ein besonderes Augenmerk gerichtet worden sei und die Bauausschussbeschlüsse herbeigeführt werden konnten. So seien z.B. bei den Sachausgaben für Schulen, den Energiekosten oder den Gastschulbeiträgen erstaunlich hohe Summen an Erstattungen erzielt worden. In vielen anderen Bereichen seien aufgrund der Prüfung einmalige Rückzahlungen erfolgt oder auch anschließend dauerhafte Ausgabenminderungen zu verzeichnen gewesen.

Hierzu einige Zahlen: Seit 2002 errechne sich eine Gesamtsumme an einmaligen Erstattungen von rd. 420.000,00 €. Die dauerhaften Ausgabenminderungen durch bereits umgesetzte Empfehlungen betragen ca. 50.000,00 €/jährlich. Für weitere mögliche dauerhafte Einsparungen habe der Rechnungsprüfungsausschuss Diskussionsgrundlagen erarbeitet. Vor einigen Jahren seien auch Richtlinien zur Durchführung von Prüfungen erarbeitet worden, auf deren Grundlage wirkungsvolle Prüfungs- und Beratungstätigkeiten möglich seien.

Insgesamt gesehen habe der Rechnungsprüfungsausschuss auf der Präventivebene sehr wirkungsvoll gearbeitet und habe auch durch Beratungen Anerkennung erlangt. Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses hoffen, dass die erfolgreiche Arbeit fortgesetzt werden könne und wünschen hierfür gutes Gelingen.

Regierungsoberinspektor Krämer erläuterte anhand einer Powerpoint-Präsentation folgendes:

Zu a)

Die Jahresrechnung 2006 sei vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüft worden. Die Ergebnisse der Jahresrechnung seien im Prüfungsbericht vom 19.02.2008 enthalten. Den Bericht könne jedes Kreistagsmitglied im Kreisrechnungsprüfungsamt einsehen. Auch die Vorstellung des Berichts in den Fraktionssitzungen sei nach Terminvereinbarung möglich.

Zu b)

Der Rechnungsprüfungsausschuss habe dem Kreisausschuss bzw. dem Kreistag am 19.02.2008 die Feststellung der vorstehenden Rechnungsergebnisse empfohlen.

Durch den Kreistag wurde sodann auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 19.02.2008 und des Kreisausschusses vom 13.03.2008 einstimmig folgendes

b e s c h l o s s e n :

Die geprüfte Jahresrechnung 2006 des Landkreises Miltenberg wird mit folgenden bereinigten Soll-Ergebnissen festgestellt:

Verwaltungshaushalt:	
Einnahmen und Ausgaben	86,634.909.39 €

Vermögenshaushalt:	
Einnahmen und Ausgaben	21,884.525,76 €

Tagesordnungspunkt 6:

Rechnungsjahr 2006:

Erteilung der Entlastung nach Art. 88 LKrO

Regierungsoberinspektor Krämer teilte mit, dass die Jahresrechnung 2006 des Landkreises Miltenberg vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüft worden sei, so dass gemäß Art. 88 LKrO nach Durchführung der örtlichen Prüfung und der Feststellung der Jahresrechnung die Entlastung erteilt werden könne.

Der Rechnungsprüfungsausschuss habe daher am 19.02.2008 dem Kreisausschuss und dem Kreistag empfohlen, für das Rechnungsjahr 2006 die Entlastung gemäß Art. 88 LKrO zu erteilen.

Durch den Kreistag wurde auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 19.02.2008 und des Kreisausschusses vom 13.03.2008 einstimmig folgender

B e s c h l u s s

gefasst:

Für das Rechnungsjahr 2006 wird gemäß Art. 88 LKrO die Entlastung erteilt.

Tagesordnungspunkt 7:

LEADER in ELER:

Grundsatzbeschluss zur Unterstützung von Projekten

Verwaltungsamtsrat Rüth gab davon Kenntnis, dass derzeit intensiv an der Erstellung des Regionalen Entwicklungskonzeptes für den Landkreis Miltenberg und die Gemeinden Dammbach, Heimbuchenthal, Mespelbrunn, Rothenbuch und Weibersbrunn gearbeitet werde. Nach zwei Workshoprunden mit zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern hätten sich die Leitziele „Landnutzung – Rohstoffe – Energie“, „Landeskultur und Siedlung“, „Lebensmittel“ Wasser“ sowie „Wirtschaft im ländlichen Raum“ ergeben. Das Erreichen dieser Ziele werde durch eine Vielzahl von Projekten, die im Regionalen Entwicklungskonzept aufgeführt werden, konkretisiert. Damit dieses Entwicklungskonzept eine erfolgreiche Bewerbungsgrundla-

ge für das EU-Förderprogramm LEADER in ELER darstelle, sei es wichtig, dass der Landkreis Miltenberg seine grundsätzliche Bereitschaft erkläre, die Umsetzung der vorgesehenen Projekte auch finanziell zu unterstützen. Dieser Beschluss müsse dem Auswahlgremium als Anlage zum Regionalen Entwicklungskonzept vorgelegt werden.

Als weiterer Schritt sei die Gründungsversammlung der Lokalen Aktionsgruppe am 31.03.2008 geplant. Dabei werde auch das Regionale Entwicklungskonzept vorgestellt. Das Regionale Entwicklungskonzept müsse bis spätestens 09.05.2008 beim LEADER-Manager für Unterfranken eingereicht werden.

Kreisrätin Kappes betonte, dass das Förderprogramm LEADER in ELER dem Landkreis Miltenberg eine große Chance biete, die unbedingt genutzt werden müsse. Es sei wichtig, dass jetzt die verschiedenen Projekte auf den Weg gebracht werden. Neben dem Landkreis Miltenberg müssten auch die Kommunen mithelfen, dass die in den beiden Workshops erarbeiteten Ziele entsprechend ausgestaltet werden. Die erarbeiteten Handlungsfelder seien mit großen Hoffnungen ausgestattet. Dem Landkreis Miltenberg und den Kommunen müsste aber auch klar sein, dass die Realisierung nicht ohne finanzielle Beteiligung möglich sei.

Landrat Schwing wies darauf hin, dass eine Co-Finanzierung erforderlich sei. Dazu können der Landkreis, die Kommunen oder andere Gruppierungen ihre Bereitschaft erklären. Er habe bereits eine möglichst breite Beteiligung angeregt. Zu der am 31.03.2008 stattfindenden Gründungsversammlung der Lokalen Aktionsgruppe seien alle herzlich eingeladen.

Kreisrat Dr. Linduschka erklärte, er sei bereit, alles mitzutragen. Er bitte jedoch um Auskunft, was der Name LEADER in ELER bedeute.

Verwaltungsamtsrat Rüth teilte daraufhin mit, dass LEADER in ELER folgendes bedeute: „Liaison entre actions de développement de l'économie rurale“ – Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft.

Kreisrätin Marsilia fragte, wie sich Kreisrätin Kappes die finanzielle Beteiligung der Kommunen (etwa über die Kreisumlage?) vorstelle.

Landrat Schwing erklärte dazu, dass das Programm von der Fülle der Vorschläge aus verschiedenen Bereichen lebe. Alle, die Projekte anstoßen oder durchführen und Vorteile hätten, müssten sich finanziell beteiligen.

Durch den Kreistag wurde sodann auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 13.03.2008 einstimmig folgender

B e s c h l u s s

gefasst:

Projekte, die im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzeptes entwickelt wurden und durch die Lokale Aktionsgruppe Miltenberg zukünftig umgesetzt werden, werden durch den Kreistag vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel grundsätzlich unterstützt.

Tagesordnungspunkt 8:

Freiwillige Leistungen des Landkreises Miltenberg als Planungsbeitrag und zur Erhaltung von grenzüberschreitenden regionalen und überregionalen Fern-Radweg-Routen

Kreisbaumeisterin Schulz teilte mit, dass der Bauausschuss am 13.02.2008 beschlossen habe, dass der Landkreis Miltenberg für den Bau von grenzüberschreitenden Radwegen und Lückenschlüssen für überregional bedeutsame Radwege zusätzlich zu den Zuschüssen aus GVFG-Mitteln einen Zuschuss von 15 % je Maßnahme gewähre. Sofern der GVFG-Zuschuss unter 55 % sinke, werde die Landkreisleistung für allgemeine Planungsleistungen und die Erhaltung des überregionalen Radwegnetzes von 15 % um maximal 5 % auf maximal 20 % aufgestockt.

Kreisrat Großkinsky äußerte sich erfreut über diesen Beschlussvorschlag, denn aufgrund dieses Beschlusses sei der weitere Ausbau des Radweges Eichenbühl – Pfohlbach – Riedern über die Landkreisgrenze hinaus möglich.

Kreisrat Ritter begrüßte den Beschlussvorschlag ebenfalls, denn Gästen, die in den Landkreis Miltenberg kommen, sollten gut ausgebaute Straßen und Radwege einen guten Eindruck vermitteln. Der Bedarf für Radwege über die Landkreisgrenzen hinaus sei auf jeden Fall vorhanden.

Kreisrat Scheurich dankte dem Bauausschuss und dem Kreistag für die beabsichtigte Aufstockung der Landkreisleistung und erinnerte daran, dass der Beschlussvorschlag auf einen Antrag des Marktes Kirchzell zurückgehe. Der Radweg Kirchzell – Buch – Mudau sei nicht nur landkreis-, sondern auch länderübergreifend.

Der Kreistag fasste sodann auf Empfehlung des Bauausschusses vom 13.02.2008 einstimmig folgenden

B e s c h l u s s :

Der Landkreis Miltenberg gewährt für den Bau von grenzüberschreitenden Radwegen und Lückenschlüssen für überregional bedeutsame Radwege zusätzlich zu den Zuschüssen aus GVFG-Mitteln einen Zuschuss von 15 % je Maßnahme. Sofern der GVFG-Zuschuss unter 55 % sinkt, wird die Landkreisleistung für allgemeine Planungsleistungen und die Erhaltung des überregionalen Radwegnetzes von 15 % um maximal 5 % auf maximal 20 % aufgestockt.

Tagesordnungspunkt 9:

Haushaltsplan 2008 der Rohe´schen Altenheimstiftung Kleinwallstadt

Heimleiterin Frau Weckwerth gab anhand einer Powerpoint-Präsentation ausführliche Erläuterungen zum Haushaltsplanentwurf 2008. Anschließend lud sie alle Kreistagsmitglieder zum geplanten „Tag der offenen Tür“ ein.

Landrat Schwing stellte fest, dass Frau Weckwerth eindrucksvoll dokumentiert habe, dass die Rohe´sche Altenheimstiftung Kleinwallstadt ein vorbildlich geführtes Heim sei, das jährlich gute wirtschaftliche Ergebnisse erziele und das in einer schwierigen Zeit.

Kreisrat Andre sprach Frau Weckwerth und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Namen aller Kreistagsmitglieder den herzlichen Dank aus. Der Kreistag sei stolz darauf, dass

die Rohe'sche Altenheimstiftung Kleinwallstadt so gut geführt sei und sich im Wettbewerb unter vielen Anbietern behaupten könne. Besonders erfreulich sei, dass die Heimaufsicht einen sehr guten Betreuungszustand der Heimbewohnerinnen und –bewohner festgestellt habe und dem Heim das Prädikat „menschwürdig und bewohnerorientiert“ verliehen habe. Der geplante „Tag der offenen Tür“ werde ein „Leuchtturmprojekt“ sein, das vielen betagten Menschen die Angst vor einer Heimaufnahme nehmen werde. Der Kreistag könne sich nur wünschen, dass die hervorragende Arbeit weitergeführt werde.

Auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 13.03.2008 fasste der Kreistag sodann einstimmig folgende

B e s c h l ü s s e :

1. Die Haushaltssatzung der Rohe'schen Altenheimstiftung Kleinwallstadt für das Jahr 2008 wird gemäß Art. 55 ff LKrO i.V. mit Art. 29 Abs. 3 Stiftungsgesetz erlassen.
2. Der Finanzplan, der von der Verwaltung der Entwicklung angepasst bzw. fortgeschrieben ist, wird angenommen (Art. 64 LKrO).
3. Der Stellenplan wird genehmigt.

Tagesordnungspunkt 10:

Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2008 des Landkreises Miltenberg

Landrat Schwing führte folgendes aus:

Modernes Dienstleistungsunternehmen Landratsamt Miltenberg

Wir sind im Zeitalter der Doppik angelangt. Nach Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung haben wir jetzt alle Instrumente eines modernen Dienstleistungsunternehmens im Bereich des Rechnungswesens zur Verfügung. Das war ein schwieriger und arbeitsreicher Weg für die Mitarbeiter (Kämmerei und Revision). Dafür bedanke ich mich bei allen Beteiligten. Der Kreistag hat diesen Prozess wohlwollend begleitet.

Auch auf die Kreistagsmitglieder kommt eine erhebliche Umstellung zu. Wir haben versucht, den Kreistag entsprechend vorzubereiten. Leider kam nur eine Informationsveranstaltung zustande. Wir werden dem neuen Kreistag entsprechende Terminvorschläge unterbreiten und hoffen, dass diese dann auch von allen Kreistagsmitgliedern genutzt werden können.

Erschwerend kommt hinzu, dass es dieses Jahr noch keine Vergleichszahlen geben kann. So richtig interessant wird es dann erst im nächsten Jahr werden, wenn diese vorliegen.

Positive Haushaltsentwicklung: Trendwende bei der Verschuldung

Ich brauche dieses Jahr nicht zwischen positiven und negativen Entwicklungen unterscheiden. Die Haushaltsentwicklung ist positiv und erfreulich. Dies wird deutlich durch eine 1,5 %-ige Senkung der Kreisumlage wie von uns vorgeschlagen, übrigens die höchste Senkung in Unterfranken.

Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass wir auch beim Thema Verschuldung die Trendwende geschafft haben. 2007 ist uns nicht nur ein Haushalt ohne Netto-Neuverschuldung,

sondern sogar ein Schuldenabbau von fast 3 Mio. € auf gut 52 Mio. € gelungen, sicher auch unterstützt durch die vorzeitige Auszahlung von staatlichen Zuschüssen durch den Freistaat Bayern.

Erfolgreiche Finanzausgleichsverhandlungen

Eine ganz entscheidende Weichenstellung war auch das ausgezeichnete Verhandlungsergebnis der kommunalen Spitzenverbände mit dem Bayerischen Finanzminister bei den Finanzausgleichsverhandlungen. Das Resultat kann sich sehen lassen:

Die wichtigsten Eckdaten des Haushalts 2008:

- Erhöhung der Landkreisschlüsselzuweisungen um 13 % oder 101 Mio. € auf 877,5 Mio. €. Dadurch erhält der Landkreis Miltenberg 13,4 Mio. € Schlüsselzuweisungen, 0,5 Mio. € mehr als 2007 trotz stark gestiegener Umlagekraft.
- Anhebung des Verbundanteils der Kfz-Steuer von 42,83 % auf 50 %. Das sind 103 Mio. € oder 15,7 % mehr als 2007. Davon profitieren der Straßenbau (+ 15 %), die Abwasserförderung (+ 16,5 %) und der Sozialhilfeausgleich (+ 28 %).
- Auch die Kreisstraßenpauschale und die Straßenunterhaltungszuschüsse wurden um jeweils 11 % aufgestockt. Nach einigen kargen Jahren war das auch dringend notwendig. Der Zustand unserer Straßen kann damit verbessert werden.

Mit etwas Sorge erfüllen mich einige Anträge zur Haushaltsberatung. Wer glaubt, wir schwimmen im Geld und jetzt müssten wir kräftig Gas geben, der irrt gewaltig. Gerade bei unserer hohen Verschuldung sind wir aufgerufen, uns nach dem Prinzip des klugen Kaufmanns zu verhalten, nämlich in guten Zeiten Schulden abzubauen und damit Vorsorge zu treffen für die mageren Jahre, die auch wieder kommen werden. Sonst „verfrühstücken“ wir den finanziellen Handlungsspielraum, den wir in der Zukunft brauchen. Denn 52 Mio. € Schulden sind kein Pappentier.

Bekannte und neue Schwerpunkte und Herausforderungen

Wir befinden uns momentan in einer Phase, in der wir zwar weiter an der Umsetzung von bisherigen Schwerpunkten arbeiten müssen, z.B. Bildungsinvestitionen und Infrastruktur, uns aber bereits mit neuen Herausforderungen konfrontiert sehen wie z.B. Globalisierung, demographischer Wandel und Klimaschutz bzw. Klimawandel. Allein im Schulbereich haben wir uns auf weitere große Maßnahmen geeinigt, mindestens 22 Mio. € sind in den nächsten Jahren zu finanzieren. Dazu kommen die Maßnahmen an der Staatl. Berufsschule Miltenberg, die noch gar nicht quantifiziert sind. Aber diese Projekte waren bisher nie umstritten. Ich denke, so wird es auch im neuen Kreistag bleiben.

Daneben gilt unser weiteres Augenmerk dem Ausbau der Infrastruktur. Hier gibt es zwischenzeitlich einen gewissen Nachholbedarf. Das zeigt auch der Haushaltsansatz 2008: 3,3 Mio. € Zuschussbedarf im Straßenbau ist eine deutliche Steigerung. Hier ist die Kreisstraße MIL 42 Buch - Mudau ebenso zu finanzieren wie das angelaufene Deckenbauprogramm. Dies wird zu steigenden Ausgaben in den nächsten Jahren führen. Lassen Sie mich jedoch darauf hinweisen: Damit wird keine einzige neue Straße gebaut, sondern die vorhandenen Straßen werden verkehrssicherer ausgebaut.

Eine ähnliche Entwicklung haben wir beim Bauunterhalt zu verzeichnen. Er steigt im Jahr 2008 auf 2,1 Mio. €, künftig wohl auf ca. 3 Mio. € jährlich. Darin spiegelt sich natürlich ein Mehrbedarf, aber teilweise ist diese Entwicklung der Doppik geschuldet, denn es gibt zukünftig keinen Vermögenshaushalt mehr. Außer Neubauten und Generalsanierungen, die der Abschreibung unterliegen, erscheinen alle vorhandenen Maßnahmen im Finanzhaushalt. Als zweites wirtschaftliches Standbein neben der wichtigen Produktion bauen wir neue Tourismusstrukturen auf. Wir sind schon recht weit fortgeschritten mit der Gründung der beiden

touristischen Arbeitsgemeinschaften TAG Spessarträuberland und TAG Mainland Miltenberg - Churfranken. Insbesondere ist es gelungen, zahlreiche Leistungsanbieter mit einzubinden. Diese Entwicklung gibt Anlass zur Zuversicht. Noch nicht ganz so weit sind wir im Bereich des Odenwaldes. Dort ist die Gründung der Odenwald Tourismus GmbH für dieses Jahr vorgesehen. Damit erfolgt die Professionalisierung und Umorientierung in ein Vertriebsorientiertes Marketing auch für unsere fünf Landkreiskommunen aus dem Odenwald.

Daneben kommen aber wie bereits erwähnt, neue Herausforderungen auf uns zu. Der demographische Wandel, die Globalisierung und der drohende Klimawandel werden uns zwingen, dass Landkreis und Städte und Gemeinden enger zusammenrücken. Wir müssen uns auf unsere Stärken und unsere regionalen Besonderheiten besinnen. Es wird nicht mehr jeder alles haben können, sondern im Wege der interkommunalen Zusammenarbeit wird Vieles einfacher und besser gehen, denn „allein geht es schneller, gemeinsam kommt man weiter“. Dieser Satz steht auch über unseren Bemühungen, in das europäische Förderprogramm LEADER in ELER aufgenommen zu werden. Wir befinden uns hier nach ereignisreichen und arbeitsintensiven Wochen und Monaten auf der Zielgeraden. Am 31.03.2008 sollen die Lokale Aktionsgruppe als Verein gegründet und die wesentlichen Inhalte des Regionalen Entwicklungskonzeptes vorgestellt werden. Ich kann Sie nur alle einladen, sich hier auch mit einzubringen. Die bisherige Beteiligung der Kommunalpolitik lässt durchaus noch Spielräume nach oben.

Wie beim Tourismus haben wir es auch bei LEADER in ELER geschafft, über eine breite Beteiligung zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen und Bürgerinnen und Bürger eine Fülle von Ideen und Vorschlägen zu erhalten. Damit ist sichtbar geworden, was wir uns auch erhofft hatten, nämlich unser größtes Kapital sind nicht die 1,3 Mio. € Finanzmittel, die wir als Zuschuss erhalten können, sondern die Menschen unserer Region mit ihren Ideen, ihrem Engagement und ihrem Mut, auch neue Wege mitzugehen.

Es liegt jetzt an uns, die begonnenen Prozesse zu begleiten, zu unterstützen und in die Zukunft zu tragen. Ich bin überzeugt, auch wenn wir wider Erwarten nicht in das Programm kommen sollten, gewonnen haben wir schon jetzt.

Ausblick

Es hat schon Haushalte gegeben, über die man intensiver diskutieren konnte. Aber natürlich kann man je nach Standpunkt auch an diesem Haushalt 2008 einiges aussetzen. Trotz deutlicher Umlagensenkung von 1,5 % (der höchsten in Unterfranken) braucht man als Bürgermeister keine große Fantasie, um sich auch noch höhere Senkungen vorstellen zu können. Und auch die Höhe der Rücklagen gibt auch in finanziell guten Zeiten für die Kommunen immer Diskussionsbedarf her. Als Landrat muss ich aber darauf verweisen, dass wir uns in den letzten Jahrzehnten immer umlagezahlerfreundlich verhalten haben und nach wie vor zu den Landkreisen in Bayern mit einer niedrigen Kreisumlage zählen. Das kommt ja auch nicht von ungefähr. Dafür haben wir immer kräftig und intensiv gerungen.

Aber wenn wir es ernst nehmen mit unserem Beschluss, zukünftige Haushalte ohne Netto-Neuverschuldung zu verabschieden, dann geht es nur so, sonst haben wir in zwei bis drei Jahren bereits das Dilemma und müssen wegen unserer hohen Investitionen wieder in die Neuverschuldung, wobei unser langfristiges Ziel sein muss: Keine Neuverschuldung. Denn nur so kommen wir dazu, dass wir unsere relativ hohe Verschuldung langsam abbauen können.

Vergessen wir aber nicht, dass wir mit unseren jährlichen hohen Investitionen auch jeweils ein Wirtschaftsförderprogramm für unsere heimischen Betriebe beschließen, das Arbeitsplätze schafft und sichert. Auch dieser Nebeneffekt ist höchst willkommen und sollte nicht außer Acht bleiben.

Lassen Sie mich zum Abschluss unserem Kämmerer Straub ein herzliches Dankeschön sagen. Er hatte es in diesem Jahr besonders schwer. Die Aufstellung des Haushalts und die Umstellung auf die Doppik mit der komplexen Erfassung des Gesamtvermögens haben ihn stark gefordert. Dass er den Fraktionen trotzdem wie gewohnt umfassend zur Beratung zur Verfügung stand, verdient ein besonderes Lob.

Der Kreisausschuss hat den Haushaltsplanentwurf 2008 inklusive der vorhandenen Anträge intensiv beraten und einstimmig die Annahme des Zahlenwerks empfohlen. Dem kann ich mich nur vollinhaltlich anschließen.

Kreisrat Andre, Vorsitzender der CSU-Fraktion, sagte folgendes:

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn in einem so kampfeslustigen und kritischen Kreistag wie dem unseren ein Haushalt in einer Gesamtgröße von über 100 Mio. € ohne wochenlange Artikelserien und ohne wildes Kampfgeschrei über die Bühne geht, dann ist entweder die allgemeine Ermattung nach der Wahlschlacht sehr groß – was ich aber aufgrund vieler durch Erfindungsreichtum und Selbstbeweihräucherung glänzenden Wahlanalysen nicht glaube - oder er ist wirklich so, dass alle - wenn schon nicht zufrieden gestellt - so doch mit ihm leben können. Dies scheint der Fall zu sein. Den Hauptverdienst daran hat unser Kämmerer Straub, der ein Werk zusammengestellt hat, in dem sich unter den gegebenen Umständen alle Gruppierungen wieder finden können. Dafür und vor allem auch für die mit Geduld und solider Fachkenntnis absolvierte Erläuterungstour im Vorfeld der Haushaltsberatungen gebührt ihm ein besonders herzlicher Dank. Zu danken haben wir auch unserem Landrat und allen Bediensteten des Landkreises Miltenberg - ob in diesem Haus oder an anderen Stellen - nicht weil es so der Brauch ist, sondern weil sie wirklich gute Arbeit geleistet haben. Trotz vermehrten Arbeitseinsatzes, Sparwillens und Kostenbewusstseins hat die Qualität der Dienstleistungen für unsere Bürger keinen Schaden genommen.

In diesem Jahr gilt ein besonderer Dank den Beschäftigten, die für die Umstellung auf die Doppik zusätzlich viel Engagement und Arbeit einbringen mussten. Auch deshalb sollte man das Plus von 1,140 Mio. € bei 14,615.500,00 Mio. € Personalkosten nicht nur als Belastung ansehen, wie das in den früheren Jahren oftmals geschehen ist, sondern man sollte unseren Beschäftigten eine Aufbesserung ihres Salärs gönnen.

Aufgrund des Engagements der Zuständigen im Landratsamt Miltenberg sind wir also in der Lage, die Doppik, die flächendeckend wohl bis 2011 eingeführt wird, schon 2008 zu praktizieren. Der Zeitpunkt ist gut gewählt. In wirtschaftlich besseren Zeiten – und die erleben wir ja zur Zeit - ist so eine Umstellung leichter zu bewerkstelligen als in Jahren, in denen es recht eng zugeht. Sowohl für die Verwaltung als auch für uns Kreistagsmitglieder sind stabile Verhältnisse die beste Voraussetzung dafür, den Umgang mit dem neuen Haushaltsmodell einzuüben. In wirtschaftlich schlechten Zeiten würde eine solche Umstellung von anderen Überlegungen und Sorgen überlagert. So aber können wir z.B. in den nächsten Jahren versuchen, uns darauf einzustellen, wie wir nach Fertigstellung des Schulzentrums Elsenfeld mit der Erhöhung der Abschreibungen und der daraus folgenden Verringerung des Jahresergebnisses umgehen. Bis dahin sollten wir uns die Vorteile erarbeiten, die die Doppik bietet: Hier ist vor allem die erhöhte Transparenz zu nennen, die sich aus der klaren Zuordnung von Erträgen und Aufwendungen zu einzelnen Produkten ergibt. Aber auch die Gliederung des Haushalts nach der Organisation, d.h. nach Abteilungen und Sachgebieten und nicht nach Einzelabschnitten kann von großer Bedeutung für Entscheidungen sein. Und der Ressourcenverbrauch wird künftig für die Finanzplanung entscheidend sein, da die Abschreibungen erwirtschaftet werden müssen.

Allerdings ist der Haushalt 2008 für uns so etwas wie ein Übergangshaushalt, der uns noch nicht die Nutzung aller Vorteile der Doppik erlaubt. Erst 2009, wenn uns die Zahlen von 2008 als Vergleichszahlen vorliegen, können wir die verbesserten Steuerungsmöglichkeiten nutzen. Vorher ist

für uns vor allem auch die Eröffnungsbilanz interessant, die uns unser gesamtes Vermögen zum Herstellungs- und Anschaffungswert darstellen wird. Man darf gespannt sein, was in den vergangenen Jahren alles geschaffen wurde.

2008 können wir aber zunächst ganz konventionell von einem Haushalt sprechen, der relativ unproblematisch ist. Er erfüllt erfreulicher Weise zum wiederholten Male unsere Vorgabe, einen Haushalt ohne zu verabschieden. Dass uns dies trotz eines Defizits im Finanzplan von 3 Mio. € gelingt, verdanken wir den Rücklagen, die sich allerdings dadurch auf 6,4 Mio. € vermindern. Die Netto-Neuverschuldung Überlegung, die weiteren allgemeinen Rücklagen zur Senkung des Schuldenstandes und damit des Schuldendienstes heranzuziehen, wäre sehr kurzfristig. Solange noch viele Investitionsvorhaben vor uns liegen, sollten wir die Rücklagen sozusagen als Finanzierungsreserve ansehen, zumal wir bei neuer Verschuldung nicht wieder mit solch guten Zinskonditionen rechnen können, wie bei den laufenden Darlehen. Außerdem: Welche Instrumente bleiben uns noch bei notwendigen Investitionen – ohne vorhandene Rücklagen? Wir müssten neue Schulden aufnehmen, die Kreisumlage erhöhen oder die Maßnahmen verschieben oder gar auf sie verzichten. Das wäre aber ein schlechter Weg. Hohe Investitionen waren schon immer ein Markenzeichen dieses Kreistages und auch seiner Vorgänger. Dass wir die knapp 80 Mio. € Investitionen der vergangenen Legislaturperiode nur durch Erhöhung des Schuldenstandes aufbringen konnten, war wegen des antizyklischen Effektes vertretbar. Künftig, da sind wir uns hoffentlich einig, können und dürfen wir diesen Weg nicht weitergehen, besonders wenn die wirtschaftliche Situation einigermaßen stabil bleibt.

Die Einführung der Doppik bringt also eine Menge von Umstellungen und Neuerungen mit sich. Eines aber ist auch sicher: Die Einführung der Doppik bringt keinen Cent mehr in die Kreiskasse. Deshalb behalten viele Grundsätze und Grundlagen der Haushaltspolitik nach wie vor ihre Gültigkeit. Lassen Sie mich einige davon kurz ansprechen: Eine zukunftsweisende, auf Nachhaltigkeit und Konsolidierung gerichtete Haushalts- und Finanzpolitik sowie strikte Haushaltsdisziplin sind weitere unabdingbare Voraussetzungen für solide Finanzen, besonders wenn wir es – was leider nicht zu vermeiden sein wird – wieder einmal mit schwereren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu tun haben werden. Sparen ist ein permanenter Auftrag an die Verwaltung und vor allem an uns selbst. Die aner kennenswerten Bemühungen und Erfolge der letzten Jahre auf diesem Sektor lassen in der Zukunft keine Wunderdinge mehr erwarten. Da wir uns auch von vielen freiwilligen Leistungen schon in der Vergangenheit verabschiedet haben, taucht die Frage auf, wo weitere Einsparungen möglich sind. In vielen Bereichen hat der Landkreis Miltenberg nichts zu entscheiden, sondern nur zu vollziehen, vor allem im sozialen Bereich. Manchmal haben dort sogar die Gemeinden mehr Einfluss auf den Kreishaushalt als der Kreistag selbst: Wenn die Gemeinden z.B. ihre Angebote im Kindergarten ausdehnen oder auch nur die Kindergartengebühren erhöhen, muss der Landkreis die erhöhten Kosten für die Sozialhilfeempfänger tragen. Immer wieder kommt es durch Beschlüsse anderer Entscheidungsträger zu Verwerfungen bei den Kreisfinanzen, wobei die Gemeinden noch die geringste Rolle spielen. Dieser Zustand kann auf Dauer nicht durch Hilfskonstruktionen und Versprechungen, sondern nur durch saubere Regelungen des Bundesgesetzgebers ausgeglichen werden. Dazu sollten alle politischen Kräfte beitragen. Die Einführung des Konnexitätsprinzips auf Bundesebene wäre dabei aus Sicht der Kommunen sehr hilfreich. Wenn unser Kämmerer, der wahrlich kein Verschwender ist, die 13,9 Mio. €, die wir für Wohngeld, Jugendhilfe, Heimunterbringung und Grundsicherung 2008 zuschießen müssen, schon als eine gewisse Entlastung ansieht, kann man erkennen, in welche dramatischen Dimensionen dieser Bereich unter schlechteren wirtschaftlichen hineinwachsen könnte. Hier tut Vorsorge Not, gerade weil kein aktueller Handlungsbedarf vorhanden zu sein scheint.

Auch dürfen wir nicht die Hände in den Schoß legen und auf eine Verringerung der Ausgaben durch ein „Wunder aus Berlin“ hoffen. Es gilt vielmehr, durch eine aktive Politik die Wirtschaft und damit die Finanzkraft des Landkreises zu stärken. Hier ist in den letzten Jahren in der Region Bayerischer Untermain viel geschehen. Ich erinnere nur an Aufbau eines überregionalen Wirtschaftsfördernetzes, bei dem neben dem Landkreis Miltenberg die Stadt und der Landkreis Aschaffenburg, die Handwerkskammer für Unterfranken, die IHK Aschaffenburg, die Fachhoch-

schule Aschaffenburg, die ZENTEC GmbH Großwallstadt und die Initiative Bayerischer Untermain Akteure sind. Hinzu kommt die Einbindung in überregionale Standortmarketingnetzwerke. Hierzu gehören die Wirtschaftsförderung Region FrankfurtRheinMain e.V., die Frankfurt-Rhine–Main–Marketing GmbH, die Invest in Bavaria (Bestandteil des Bayerischen Wirtschaftsministeriums) und Bayern Innovativ. Mit all diesen Einrichtungen bestehen enge Verflechtungen und diese garantieren, dass der Standort Bayerischer Untermain und Landkreis Miltenberg regional und überregional vermarktet werden. Aber auch hier ist weiterer Handlungsbedarf gegeben. Dazu gehören eine weitere Verbesserung der Verkehrserschließung, die konsequente Fortsetzung des Standortmarketings und die Pflege und der Ausbau der Kompetenznetze und auch die weitere Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit auf Kreisebene. Einen wichtigen Eckpfeiler hat der Landkreis Miltenberg auch mit dem Projekt Optimierung der Marketing- und Tourismusstrukturen gesetzt. Die Arbeit der TAGs lassen sich weitere Wachstumsimpulse erwarten, insbesondere auch die Schaffung von wohnortnahen neuen Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich. Ähnliches gilt für das Projekt LEADER in ELER, das gerade in die entscheidende Phase geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle diese Anstrengungen dienen der Erhaltung bzw. der Wiedergewinnung des notwendigen Gestaltungsspielraums im Kreishaushalt, ohne dass an der Schraube „Kreisumlage“ gedreht werden muss. Dass dieses Instrument in diesem Landkreis nicht leichtfertig gehandhabt wird, sieht man schon an der Tatsache, dass wir nach wie vor in Bayern zu den Landkreisen gehören, die eine relativ niedrige Kreisumlage haben. Die Zusammensetzung des neuen Kreistages und der politische Wille aller werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass sich daran grundsätzlich nichts ändern wird. Bei aller Sorge um die Kreisfinanzen galt und gilt aber auch in Zukunft der Grundsatz: Bildung hat Vorrang im Landkreis Miltenberg! Mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung und unsere Zukunftssicherung haben für die CSU die Investitionen im Schulbereich zentrale Bedeutung. Gewiss, 37 Mio. € für das Schulzentrum Eisenfeld sind eine Menge Geld, deren Finanzierung uns auch in den nächsten Jahren noch viel Mühe machen wird. Schon beschlossen ist, dass in nächster Zeit 22 Mio. in den Schulbereich fließen. Deswegen und wegen der zeitlichen Verschiebung des Projekts Eisenfeld werden andere als notwendig erkannte Sanierungen, z.B. an den Gymnasien Miltenberg und Erlenbach a.Main und in der Staatl. Berufsschule Miltenberg, hinausgeschoben. Im Interesse der Gleichbehandlung aller ist also eine noch sorgfältigere zeitliche und finanzielle Planung erforderlich. Dazu diente der Antrag der CSU-Fraktion, das Kreisbauamt mit Erhebungen über den Zustand der noch nicht sanierten Bausubstanz der kreiseigenen Gebäude zu beauftragen. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse können Bauabschnitte gebildet werden, die es ermöglichen, finanzielle, bauliche und funktionale Schwerpunkte zu setzen. Ohne diese werden wir in unserem Schulbauprogramm nicht weiter kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt 2008 markiert einen Übergang vom kameralistischen zum doppischen Haushalt, vom Schuldenwachstum zur Netto- Neuverschuldung und vom Kreistag 2002 zum Kreistag 2008. Da er diesen Übergang auch positiv gestaltet, stimmt die CSU-Fraktion diesem Haushalt zu.

Kreisrat Dr. Schüren, Vorsitzender der SPD-Fraktion, trug folgendes vor:

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste, über den Haushaltsberatungen dieses Jahres liegt ein milder Schein der Harmonie, der nicht zuletzt der guten Konjunktur und den daraus kräftig sprudelnden Einnahmen der öffentlichen Hände geschuldet ist. Bevor ich zu einigen Aspekten des Haushalts Stellung nehme, lassen Sie mich zuerst ein Wort des Dankes sagen an unseren Kämmerer Straub, der nicht nur in gewohnter Weise, sachlich, kenntnisreich und bisweilen auch raffiniert, das Zahlenwerk ins rechte Licht gesetzt, sondern der zum ersten Mal nach Jahrzehnten eingeschliffener Kameralistik einen sog. doppischen Haushaltsplan, also ein nach dem Prinzip kaufmännischer Buchführung erstellten Haushalt, vorgelegt hat. Herr Straub, namens der Fraktion spreche ich Ihnen für diese Leistung, die Ihnen sicher ei-

niges Kopfzerbrechen und etliche Überstunden eingebracht hat, unseren Dank aus. Sie haben, unterstützt von Innovationsring und AKDB, Neuland betreten, ohne dabei auf teure externe Berater zurückzugreifen. Das ist nicht selbstverständlich und verdient deswegen, wie ich meine, besondere Erwähnung und Anerkennung.

Der neue doppische Haushalt

Nicht für den aktuellen Haushalt, aber für die Gesamtschau wäre natürlich eine Eröffnungsbilanz hilfreich, wenn auch nicht zwingend gewesen. Diese liegt noch nicht vor und wir hoffen darauf, dass sie zügig erstellt wird und sich die Vermögenswerte des Landkreises Miltenberg im erwarteten Umfang von 130 Mio. € bewegen werden.

Der neue Organisations- und Produkthaushalt ist für uns alle ungewohnt, aber schon beim ersten Durchgang hat sich gezeigt, dass er klarer und in seinen Steuerungsmöglichkeiten auch wesentlich transparenter ist als der kameralistische es je war. Die Wundertüte des kameralistischen Haushaltes, Haushaltsausgabenreste genannt, aus denen der Kämmerer immer wieder Erstaunliches zaubern konnte, ist nun durchsichtiger geworden. Nicht ausgeschöpfte Ermächtigungen oder beschlossene, aber nicht aufgenommene Kredite, die dann ins nächste Haushaltsjahr übertragbar waren, wird es künftig so nicht mehr geben. Stattdessen werden die Finanzströme sehr klar nachvollziehbar abgebildet. Aber auch eine Bilanz, das zeigt ein Blick in Bilanzen von Wirtschaftsunternehmen, ist eine Oberfläche, die je nach Bedarf poliert werden kann. Man nennt das in Insiderkreisen, glaube ich, Gestaltung.

Steuerung von Produkten

Ich möchte aber auch Erwartungen dämpfen, die ein doppischer Haushalt nicht erfüllen kann. Bei dem langwierigen Prozess der Produktbeschreibung, an dem ich wie die Vertreter der anderen Fraktionen ja informationshalber auch beteiligt war, hat sich herausgestellt, dass die Steuerung zahlreicher Produkte und insbesondere auch der Kostenträchtigen, so ohne Weiteres nicht möglich ist, da es staatlich übertragene Aufgaben oder Leistungen sind, die nicht vom Willen des Landkreises, sondern beispielsweise von sozialen Verhältnissen bestimmt werden. Die Anzahl von in Heimen unterzubringenden Kindern, um dieses Beispiel zu nennen, ist eben nicht planbar und auch kaum steuerbar. Wenn man sich einmal vorstellt, dass eine Familie mit vier sehr problematischen und hilfsbedürftigen Kindern aus dem Rhein-Main-Gebiet in den Landkreis Miltenberg zieht, kann man nicht sagen, ja wir haben nur Kosten für 55 Heimunterbringungen eingeplant, bitte ziehen sie in den nächsten Landkreis. Produktsteuerung ist also nur in bestimmten Bereichen und auch da nur eingeschränkt möglich und Doppik ist eben nur eine Methode der Darstellung, keine Lösung von Haushaltsproblemen.

Schulden

Der Schuldenstand des Landkreises Miltenberg belief sich zum 31.12.2007 auf 52,3 Mio. € und wird zum Jahresende 2008 nicht geringer sein.

Das ist kein Pappenstiel. Aber wir alle wissen, dass diesen Schulden, die in erheblichem Maße durch die großen Investitionen in Schule und Bildung bedingt sind und von allen mitgetragen wurden. Ich darf aber an dieser Stelle auch sagen, dass das Ziel, keine Netto-Neuverschuldung mit diesem Haushalt vorzunehmen, zwar löblich, aber nicht ausreichend ist. Wir können nicht auf eine noch jahrelang boomende Konjunktur hoffen, die erhebliche Finanzmittel in die Kreiskasse spülen wird, sondern müssen ernsthaft daran gehen, den Schuldenstand real zu verringern. Ich weiß, dass dies auch der Kämmerer will und, Herr Straub, wir werden Sie dabei unterstützen. Die Tatsache, dass die SPD-Fraktion für 2008 keine haushaltswirksamen Anträge gestellt hat, begründet sich genau in dieser Überlegung.

Kreisumlage

Natürlich begrüßen wir es, dass trotz Nettokreditaufnahme gleich null die Kreisumlage um 1,5 Prozentpunkte von 45,5 auf 44,0 % gesenkt werden konnte. Dies erfreut namentlich die Bürgermeister, deren Beurteilung des Kreishaushaltes leider immer nur auf die Höhe der Kreisumlage fixiert ist. Hier wiederhole ich gern, was ich schon bei anderen Haushaltsberatungen gesagt habe: Die Bürgermeister und Gemeinderäte sollten nicht vergessen, dass die mit den Mitteln der Kreisumlage finanzierten Projekte ja ihren Gemeindebürgern zugute kommen, ob es Schulen, Straßen, Sportstätten oder was auch immer sei. Zur Erinnerung, es gibt keine Kreisbürger, die nicht zuallererst auch Gemeindebürger sind. Und selbst wenn die Kreisumlage nicht gesenkt würde, sondern ein realer Schuldenabbau damit finanziert worden wäre, gäbe es dafür sehr gute Argumente. Ein Blick in die Kasse mit ca. 22 Mio. € liquiden Mitteln bestätigt diese Einschätzung, auch wenn ich weiß, dass ein erheblicher Teil davon zweckgebunden für den Müllhaushalt ist.

Krankenhausumlage

Als besonders ärgerlich empfinden wir die Tatsache, dass der Landkreis Miltenberg nach wie vor eine Krankenhausumlage von 2,12 Mio. € zahlen muss, obwohl er ja keine eigenen Krankenhäuser mehr betreibt. Was passiert eigentlich mit diesem Geld? Wenn immer mehr Krankenhäuser privatisiert werden und nach dem Krankenhausbedarfsplan gefördert werden, zahlen wir dann nicht indirekt aus Steuermitteln an der Rendite der jeweiligen Aktie mit? Wenn die privatisierten Krankenhäuser aber wie z.Z. die Rhön-Klinikum AG keine finanziellen Zuwendungen erhalten, die Mittel also auf weniger Krankenhäuser verteilt werden können, erhalten sie dann auch mehr Zuweisungen oder stopft dann der Freistaat Bayern damit andere Haushaltslöcher? Die Frage der Krankenhausumlage muss meiner Ansicht nach angesichts der Umbrüche im Gesundheitswesen neu diskutiert werden.

Kreiseigene Brücke zwischen Sulzbach a.Main und Niedernberg

In der Presse war ja zu lesen, dass der Landkreis Miltenberg mit der Brücke noch sein „blaues Wunder“ erleben werde. Was ist dazu zu sagen? Natürlich geht dem Landkreis durch die Übertragung der Brücke auf den Freistaat Bayern ein erhebliches Stück Vermögen, wohl etwa 6 Mio. € verloren. Dafür erhält der Landkreis die Straße zwischen Buch und Mudau komplett erneuert und zwar im Wert von ca. 2 Mio. €. Bleibt also ein bilanzieller Vermögensverlust für den Landkreis von etwa 4 Mio. €. Das klingt nach Vermögensverschleuderung, ist es aber unseres Erachtens nicht. Wenn man bedenkt, wie wichtig diese Brücke bis heute war und ist und wie hoch die jetzt anstehenden Sanierungskosten beziffert werden, dann ist es, auch wenn die Doppik hier einen Vermögensverlust sichtbar macht, politisch richtig gewesen, damals so zu handeln. Die SPD hat den Brückenbau mitgetragen und was damals richtig war, ist es mit Blick auf die Verkehrsströme im nördlichen Landkreisteil heute auch noch. Von einem „ruinösen Geschenk“ zu reden, ist bei einem Vermögen von etwa 130 Mio. € (4 Mio. € sind ca. 3 %) journalistisch doch stark überhöht, um es vorsichtig zu formulieren.

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, eigentlich müsste man angesichts des Zahlenwerkes und der von uns allen gemeinsam getragenen Investitionen gar keine Haushaltsrede halten, aber es ist doch immer wieder schön, einmal im Jahr hier stehen zu dürfen. Ich denke, dass, bedingt durch die sehr positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sich das magische Dreieck von erheblichen Investitionen bei gesenkter Kreisumlage und ohne Netto-Neuverschuldung im Gleichgewicht befindet und Spielräume für politische Gestaltung im Jahr 2008 eröffnet. An der Senkung der Gesamtschuldenlast müssen wir in den kommenden Jahren alle gemeinsam ernsthaft arbeiten!

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushalt für das Jahr 2008 ohne Wenn und Aber zu.

Kreisrat Dr. Fahn, Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler, äußerte folgendes:

Die Freien Wähler sagen JA zum Haushalt 2008 - den vorhandenen finanziellen Spielraum für sinnvolle Projekte nutzen

Wir blicken zurück

Bei der letzten Haushaltsberatung der letzten Kreistagssitzung der Wahlperiode macht es immer Sinn, auch ein wenig zurück zu blicken. Von 1996 bis zum Jahr 2002 lag die Kreisumlage konstant bei 41,3 %, im Jahr 2003 wurde sie moderat auf 42,0 % angehoben. Die heftigste Diskussion entbrannte im Jahre 2004, als eine Erhöhung um 3,5 % auf 45,5 % anstand. Viele Gemeinde- und Stadträte fassten Beschlüsse, sich dagegen zu wehren. Der Tenor lautete immer: „In Zeiten leerer Kassen ist ein solches Finanzgebahren des Landkreises den Kommunen nicht zuzumuten.“ Damals stiegen einige Bürgermeister in den Main, um zu dokumentieren, dass den Kommunen das „Wasser bis zum Hals steht“. Die Freien Wähler stellten 2004 gemeinsam mit der FDP/UWG neun Anträge. Einer dieser Anträge befasste sich mit der kurzfristigen Absenkung der Rücklage von 1,425 Mio. € auf Null, um damit zumindest 2 % der Kreisumlagerhöhung zu verhindern. Bereits damals war absehbar, dass sich die Umlagekraft des Landkreises Miltenberg deutlich verbessert. Auch forderten wir in einem Antrag eine Reduzierung der Personalkosten um 10 % und eine Kostenentlastung durch Privatisierung des Tourismus. Die Erhöhung der Kreisumlage wurde schließlich von CSU und Neuer Mitte durchgesetzt. Immerhin war unser Antrag zum Tourismus der Beginn der Bemühungen von Landrat Schwing zu einem neuen Tourismuskonzept, das jetzt erfolgreich anläuft.

In der Folgezeit wurde alles besser. Die Umlagekraft des Landkreises betrug Miltenberg betrug im Jahr 2005 bereits 74 Mio. €, im Jahr 2006 77,5 Mio. €, im Jahr 2007 81 Mio. € und im Jahr 2008 sogar 93 Mio. €. Für das Jahr 2009 ist eine weitere Steigerung prognostiziert. Unser Kämmerer Straub, der der Fraktion wie in jedem Jahr tatkräftig zur Seite stand und viele Informationen auch zur Doppik gegeben hat, plant eigentlich immer nach dem Motto: „Die Ausgaben höher und die Einnahmen geringer planen“. So entstehen immer Polster. Von 1990 bis 2007 waren die Zuführungen vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt mit einer Ausnahme (2003!) positiv. 1996 waren es einmal 8,5 Mio. DM und im Jahr 2007 4,5 Mio. €. Und auch bei den Personalkosten lagen die tatsächlichen Ist-Kosten mit zwei Ausnahmen in den letzten 18 Jahren immer deutlich unter den Planwerten (2004 sogar über 5 %), so dass der Landkreis Miltenberg immer finanzielle Spielräume hatte. Die Rücklagen des Landkreis stiegen seit 2004 immer mehr an und erreichten 2007 mit 6,44 Mio. € einen Rekordwert. Warum also nicht die Rücklagen zurückfahren und damit die Schulden tilgen? Die Antwort gaben Landrat Schwing und Kämmerer Straub in der Kreisausschusssitzung am 13.03.2008: Derzeit liegen die Kreditzinsen mit Werten zwischen 2,9 % und 3,7 % deutlich unter den erzielbaren Habenzinsen, bei den Rücklagen in Höhe von 4,2 % bis 4,7 %. Es geht dem Landkreis im Moment finanziell recht gut. Die liquiden Mittel des Landkreises betragen derzeit rd. 20 Mio. €. Alles also im „grünen Bereich“. Daher war es eigentlich absehbar, dass eine Senkung der Kreisumlage kommen würde. Bei einer Kreisumlage von 45,5 % nahm der Landkreis Miltenberg im Jahr 2007 von den Städten und Gemeinden 37 Mio. € ein. Aufgrund der gestiegenen Umlagekraft wird der Landkreis auch 2008 mit einer Umlagensenkung um 1,5 % trotzdem noch rd. 4 Mio. € mehr von den Städten und Gemeinden erhalten. Da könnte man schon eine weitere Absenkung der Kreisumlage fordern, aber es auf der anderen Seite stehen noch viele Investitionen im Bildungsbereich und im Straßensektor an und der Landkreis will ja außerdem keine neuen Schulden aufnehmen bzw. mittel- und langfristig vom hohen Schuldenberg von 52 Mio. € weiter herabsteigen, um seiner Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generation gerecht zu werden.

Wir blicken voraus

Die Wahlperiode 2002 bis 2008 geht zu Ende und wir können auf die Themen und Probleme blicken, die wir in den nächsten sechs Jahren angehen werden. Die Vergangenheit der letzten 18 Jahre hat aber gezeigt, dass die im Kreistag am härtesten umkämpften Themen vor der jeweiligen Kommunalwahl nicht diskutiert wurden, da sie noch nicht aktuell waren. Hierzu einige Beispiele:

- Die Entscheidung über die Müllverbrennung im Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt GmbH (GKS) im Jahr 1994 und die Art des Mülltransports (Schiene oder Straße) waren 1990 kein Wahlkampfthema.
- Das heiße Thema „Wie geht es weiter mit der Klärschlammdeponie Rück-Schippach im Jahr 2000?“ war vor der Kommunalwahl 1996 kein Thema.
- Die Frage „Wie kann man den „schlafenden Riesen“ Tourismus wecken bzw. wie kann man die Tourismusstrukturen in unserem Landkreis verbessern“ ergab sich erst im Rahmen der Spardiskussion 2004 und war vor der Kommunalwahl 2002 kein Thema.
- Der Verkauf der Krankenhäuser an die Rhön-Kliniken AG wurde vor der Kommunalwahl 2002 nicht diskutiert, weil die Krankenhäuser damals noch schwarze Zahlen schrieben und Verwaltungsleiter Büchler im Kreistag von allen Fraktionen gelobt wurde.

Welche Projekte oder Aktivitäten sollten wir in den nächsten sechs Jahren in Angriff nehmen?

- In Zeiten des notwendigen Klimaschutzes ist eine aktivere Rolle des Kreistages notwendig. Wir sollten im Landkreis Miltenberg eine effektive und nachhaltige Klimaschutzpolitik betreiben und die Energieeinsparung in allen Landkreisgebäuden offensiv vorantreiben. Der Landkreis sollte die Nutzung regenerativer Energiequellen noch weiter forcieren. Wir fordern einen jährlichen Klimaschutzbericht im Kreistag. Dieser ist uns mindestens genauso wichtig wie der Bericht der Kreisheimatpfleger oder der Bericht der Gleichstellungsbeauftragten. Ferner sollten wir möglichst bald entscheiden, ob wir der Energieagentur Unterfranken oder dem Energieforum Miltenberg beitreten oder beides miteinander verbinden.
- Im Bereich Abfallwirtschaft ist es wichtig, in den nächsten sechs Jahren endlich zu erreichen, dass der Müll auf der Schiene zum GKS nach Schweinfurt transportiert wird. Dies wäre auch ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz und sollte selbst dann gewählt werden, wenn der LKW-Transport etwas günstiger sein sollte. Ferner wünschen wir, dass auch im südlichen Landkreisteil, z.B. im Raum Kleinheubach–Miltenberg ein Wertstoffhof errichtet wird. Beim Thema Erdaushubdeponien setzen wir uns weiter dafür ein, dass gewachsener Boden nicht über weite Strecken transportiert und auf begrenzter Deponiefläche abgelagert werden muss. Wir benötigen praktikable Lösungen, damit der Erdaushub in den Gemeinden sinnvolle Verwendung finden kann und die Umweltbelastung durch LKW-Transporte verringert wird. Und wenn die Rücklagen im Abfallbereich noch weiter ansteigen, sollten wir endlich daran gehen, die Müllgebühren zu senken, um die Bürgerinnen und Bürger vor Ort finanziell zu entlasten.
- Das neue Tourismuskonzept des Landkreises Miltenberg mit den drei TAGs sollten wir offensiv unterstützen und nicht immer wieder diskutieren, ob der Name „Churfranken“ positiv oder negativ ist. Der Zug ist ohnehin schon abgefahren, also sollten wir nicht bremsen.
- Die im Landkreis Miltenberg gegründete Beschäftigungsgesellschaft zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit bzw. der Jugendarbeitslosigkeit sollte auch weiterhin vom Kreistag unterstützt werden.

Der Verkauf der Krankenhäuser liegt schon fast drei Jahre zurück und es bringt absolut nichts mehr, jetzt wieder wie zum Teil im Wahlkampf die „alten Schlachten“ zu kämpfen. Wir dürfen auf keinen Fall jedes Problem, das dort auftritt, auf die Privatisierung schieben. Ein letzter Satz zurück: Auch wenn der Landkreis Miltenberg weiterhin Träger der Krankenhäuser geblieben wäre, hätten wir die Personalkosten deutlich senken müssen. Wir müssen endlich nach vorne schauen. Die schlechte Situation im Pflegebereich haben wir auch in

vielen Wahlversammlungen immer wieder zu hören bekommen. Hier muss sich seitens der Rhön-Kliniken AG etwas ändern. Denn der/die Bürger/in versteht nicht, dass ein börsenorientiertes Unternehmen hohe Gewinne erzielt und dann in einzelnen Häusern zu stark am Pflegepersonal spart.

Mit großem Interesse haben die Freien Wähler die Kritik der SPD-Fraktion an der relativ hohen Krankenhausumlage registriert, weil es einfach nach dem gesunden Menschenverstand nicht nachzuvollziehen ist, dass sich hier durch die Privatisierung nichts geändert hat. Ich darf daran erinnern, dass die Freien Wähler bereits 2006 eine Änderung angemahnt haben. Wir haben diese Anfrage sogar von der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag prüfen lassen. Am 4.10.2006 schrieb der damalige Fraktionsvorsitzende Hermann: „Würden nämlich die kommunalen Aufgabenträger, die ihre Krankenhäuser an private Träger abgegeben haben, von einer Beteiligung befreit werden, müsste dieser Ausfall durch höhere Umlagebeiträge derjenigen kommunalen Aufgabenträger kompensiert werden, die ihre Krankenhäuser weiterhin selbst betreiben. Dies wäre aber nicht zu rechtfertigen.“ Und jetzt berichtet Kämmerer Straub plötzlich, dass eine Änderung der Zuwendungsmodalitäten und damit eine Änderung (sprich Reduzierung) der Krankenhausumlage anstehe.

Mit den drei Anträgen an den Kreisausschuss wollten die Freien Wähler einen Beitrag zu mehr Familienfreundlichkeit und Verwaltungsvereinfachung leisten und Frauen in Not helfen. Wir werden das kostenlose (Wunsch-)Kennzeichen weiter auf unserer Agenda haben und warten, bis der neu gewählte Landrat von Würzburg Nuß dieses dort einführt. Dann stellen wir wieder einen entsprechenden Antrag. Auch die kommunale Familienpolitik muss im Landkreis Miltenberg noch verbessert werden. Unser Antrag, 200,00 € für jedes dritte Kind zu gewähren (sozusagen als Einkleidungshilfe gedacht), könnte durchaus auf das 1. und 2. Kind (hier vielleicht mit geringeren Beträgen) ausgedehnt werden, wie CSU-Fraktionsvorsitzender Andre am 13.03.2008 zumindest andeutete. Vielleicht kommt hier einmal ein Antrag der CSU-Fraktion, dann ist eine Mehrheit sicher. Und die Verstärkung der Hilfe für Frauen in Not wird sicherlich noch kommen, wenn sich Landrat Schwing mit den Vertretern der beiden anderen Gebietskörperschaften abgestimmt hat und dann selbst einen Vorschlag einbringt.

Wir sollten den Dialog zwischen den Generationen im Landkreis Miltenberg ausbauen und eine neue Initiative „Alt hilft jung“ starten. Hier geht es darum, dass Senioren ihr Wissen bzw. ihre Berufserfahrung jüngeren Menschen zur Verfügung stellen. Die Freien Wähler erklären sich bereit, am Aufbau eines solchen Netzwerks mitzuwirken.

Warum stimmen die Freien Wähler dem Haushalt 2008 zu?

10 Gründe für das JA:

1. Weil wir mit 1,5 % die höchste Umlagesenkung in ganz Unterfranken haben.
2. Weil es auch den 32 Städten und Gemeinden finanziell relativ gut geht.
3. Weil keine der 32 Städte und Gemeinden eine höhere Senkung der Kreisumlage gefordert hat.
4. Weil wir den zweiten Haushalt ohne Neuverschuldung verabschieden.
5. Weil wir im Jahr 2007 zum ersten Mal die Gesamtverschuldung von 55 Mio. € auf 52 Mio. € reduzieren und damit eine Trendwende einleiten konnten.
6. Weil wir trotz Umlagensenkung noch immer hohe Investitionen schultern, insbesondere im Bildungsbereich (Schulzentrum Elsenfeld, Generalsanierung weiterer Landkreisschulen).
7. Weil wir damit in den kommenden Jahren endlich die Kreisstraßen sanieren können.
8. Weil wir aufgrund der hohen Rücklagen ein gutes Polster besitzen, um wieder gestalterisch tätig sein zu können.
9. Weil wir damit rechnen können, dass die Umlagekraft 2009 weiter steigt.
10. Weil wir also hoffen dürfen, dass die Kreisumlage 2009 noch einmal gesenkt wird.

Wir sollten die zukünftigen Aktivitäten mit dem Satz eines sehr erfolgreichen Bürgermeister-Kandidaten aus dem nördlichen Landkreisteil zusammenfassen: „Mit Wir-Gefühl zu mehr Lebensqualität. Gemeinsam kommen wir weiter!“

Kreisrat Stappel, Vorsitzender der Fraktion Neue Mitte, führte folgendes aus:

Sehr geehrter Herr Landrat Schwing, Herr Kämmerer Straub, meine Damen und Herren der Verwaltung, werte Kolleginnen und Kollegen des Kreistages, auch die Neue Mitte hat den Kreishaushalt 2008 gemeinsam geprüft und sehr sorgfältig beraten und besprochen.

Wenn ich nun davon ausgehe, welche Zahlen und Bemerkungen meine Vorredner schon zum Ausdruck gebracht und offen gelegt haben, dann muss ich meine Thematik schon etwas ändern und kürzen, um Wiederholungen weitgehend zu vermeiden. Zunächst stellten wir erfreulicherweise fest, dass die von mir bei der Haushaltsrede stets kritisierte sowie energisch angemahnte Neuverschuldung endlich gestoppt wurde und sogar 2,8 Mio. € Tilgung getätigt wurden, wobei die Gesamtschuldenlast des Landkreises Miltenberg sogar um insgesamt 3 Mio. € abgebaut wurde! Dieses positive Ergebnis wurde natürlich in erster Linie durch ein stark erhöhtes Steueraufkommen ausgelöst und lässt hoffen, dass sich die finanzielle Lage des Landkreises trotz hoher bevorstehender Investitionen in den nächsten Jahren nicht mehr verschlechtert. Wenn auch die Steuerkraft des Landkreises im Durchschnitt um 11 % gestiegen ist, warne ich trotzdem vor zu großer Euphorie und zu hohen Investitionen, mit denen wir evtl. wieder eine ungewollte Neuverschuldung auslösen könnten. Das wäre nicht gut. Was wir für sehr gut finden, ist die Reduzierung der Kreisumlage um 1,5 % auf eine vernünftige und vertretbare Höhe von 44 %! Hier kommen wir unseren Städten und Gemeinden natürlich hilfreich und positiv entgegen, denn viele von ihnen stehen auch heute noch finanziell mit dem Rücken zur Wand und hätten eine Anhebung der Kreisumlage kaum ohne Schaden verkraftet.

Was in den nächsten Jahren verhindert werden sollte, sind allzu große Aufschläge nach oben. Denn so bleiben auch die Finanzen in den einzelnen Kommunen berechenbar. Auch halten wir z.B. eine Schuldentilgung zu Lasten unserer Städte und Gemeinden zum jetzigen Zeitpunkt nicht für sinnvoll, da die Kredite des Landkreises Miltenberg zu sehr günstigen Konditionen aufgenommen werden konnten. Bis zum Jahr 2010 25 Mio. € einzuplanen, halten wir für sinnvoll, können aber unsere Zustimmung nur bei einer guten und sicheren Rücklagenbildung erteilen.

Wir begrüßen auch, dass die Finanzen für den Bauunterhalt erhöht, ja sogar verdoppelt wurden. Dadurch werden natürlich auch Folgeschäden in größerem Ausmaß verhindert und somit zusätzliche Kosten gespart. Des Weiteren halten wir auch eine Erhöhung der Sonderumlage wie geplant für sinnvoll, denn nach dem vorliegenden Gutachten für die Nachsorge der bestehenden Altdeponien werden Kosten von bis zu 16 Mio. € entstehen und es ist aus unserer Sicht nicht vertretbar, diese unumgängliche Kostenbelastung laufend vor sich her zu schieben und durch eine erneute Erhöhung der Kreisumlage evtl. wieder von den Kommunen zu holen. Dies wäre ist nicht der richtige Weg.

Was die Personalaufwendungen betrifft, stellen wir die bescheidene Frage, ob durch die modernisierte Abwicklung aller Arbeitsvorgänge in den einzelnen Abteilungen unseres Landratsamtes, welche zum Teil mit einem hohen Kostenaufwand getroffen wurden, nicht endlich auch einmal Personalkosten eingespart werden können, was eigentlich der Sinn der hohen Investitionen ist. Es gäbe zwar noch einiges anzusprechen, doch ich möchte es bei dem belassen, was uns wichtig erscheint.

Zum Schluss meiner Ausführungen habe ich noch einige wichtige Hinweise und Vorschläge, die mir am Herzen liegen: Zunächst bitte ich die verantwortlichen Entscheidungsträger dar-

um, alle neuen Maßnahmen und Investitionen mit sehr viel Sachverstand sowie fachgerechten und zeitgemäßen Erkenntnissen zu beurteilen! Dass die finanzielle Seite hierbei einen sehr großen Stellenwert hat, versteht sich von selbst, wobei alle Abschlüsse und Entscheidungen auch Vertrauenssache sind. Unsere Netto-Neuverschuldung darf sich trotz anstehender Maßnahmen und Investitionen auch im jetzt laufenden sowie im nächsten Jahr nicht erhöhen oder verschlechtern. Wir haben derzeit ein gutes und stabiles Steueraufkommen, welches trotz der laufenden Maßnahmen auch noch etwas zum Schuldenabbau beitragen kann. Entscheidend bei allem ist die richtige Weichenstellung. Für die Zukunft muss auf jeden Fall mit aller Gewalt und verantwortungsbewusst darauf geachtet werden, dass die Finanzdisziplin auf allen wirtschaftspolitischen Ebenen eingehalten wird, damit wir auch die demographische Entwicklung, für die nach unserer Meinung oft viel zu wenig Vorsorge getroffen wird, nicht aus den Augen verlieren und sie auch menschlich bewältigen.

Lassen wir uns in dieser sehr schnelllebigen Welt nicht alleine vom Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung und Globalisierung leiten, sondern sehen wir lieber der Realität und den Tatsachen klar ins Gesicht!

Sehr geehrter Herr Landrat Schwing, werte Kolleginnen und Kollegen des Kreistages: Die Neue Mitte steht voll inhaltlich hinter dem vorliegenden Haushalt 2008 und stimmt ihm deshalb geschlossen zu.

Ich bedanke mich auch im Namen meiner Fraktionskollegen für die gute Zusammenarbeit bei Landrat Schwing, Kreiskämmerer Straub, allen verantwortlichen Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern sowie bei den beiden Landrats-Stellvertretern Frau Fichtl und Herr Eck.

Kreisrat Scherf sagte namens der Ausschussgemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen-ödp folgendes:

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren Kreisrätinnen und Kreisräte, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, ein besonderer Haushalt – der erste doppische Haushalt. Ich möchte die enorme Arbeit bei der Aufstellung dieses Haushalts würdigen – ein jeder Bleistift musste erfasst werden wie ein jedes Grundstück – schlicht, aber ehrlich und von Herzen kommend: „Alle Achtung, saubere Arbeit! Danke!“

Am 15.03.2008 beklagte Peter Freudenberger in einem Kommentar des „Main-Echo“ zur Haushaltsverabschiedung in Aschaffenburg das Fehlen von Visionen und Aufzeigen der großen Linien. Egal ob Annahme oder Ablehnung – alles ist vorhersehbar und die Haushaltsberatungen verkommen zum Ritual. Die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen haben in der Ausschussgemeinschaft mit Kreisrat Frey (ödp) in den vergangenen fünf Jahren alles getan, um Ritualhaftes zu vermeiden. Jeder Haushalt wurde von uns nach den Kerninhalten und der vorgegebenen Richtung beleuchtet.

Gründe für die Ablehnung könnten die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen-ödp jederzeit finden:

- Wertstoffhof für den südlichen Landkreisteil fehlt Die Folge sind mangelhafte Verwertung von Rohstoffen und fehlender Service und Bürgernähe für die Menschen im südlichen Landkreisteil.
- Fehlender Bahntransport des Hausmülls von Erlenbach a.Main aus: Höhere CO₂-Belastung durch den Transport des Mülls und eine fehlende Vorbildwirkung der öffentlichen Hand.
- Die Stelle für die Gleichstellungsarbeit ist im Landkreis Miltenberg nicht in dem Maße ausgebaut, wie es nötig wäre, um eine umfassende Gleichstellungsarbeit leisten zu können.

nen. Wir haben großen Respekt vor der Arbeit von Frau Seidel und wissen, was sie mit einer Ganztagesstelle im Landkreis Miltenberg bewegen könnte! Realität 2008 ist: Männer erhalten für die gleiche Arbeit mehr: Z.B. Buchhalter 4.123,00 € statt 3.052,00 € allein weil er männlich ist (Quelle Stat. Bundesamt). Ursache dafür: Männer fordern einfach mehr; den Frauen fehlen Informationen, das Bewusstsein des Wertes ihrer Arbeit und ein Netzwerk. Hier kann Gleichstellungsarbeit Wertvolles leisten und Frauen Positives bewirken. Im Negativen ist der Schutz für Frauen im Landkreis Miltenberg nötig, weshalb wir hoch erfreut waren, dass die Freien Wähler mit einem Antrag für Beratungsstunden von SEFRA im Landkreis Miltenberg ein urgrünes Thema im Wahlkampf aufgegriffen haben. Gut, dass neben den Grünen sich endlich auch eine andere politische Kraft gefunden hat, die die Bedeutung von Frauenpolitik erkannt hat. Wir freuen uns immer über Bündnispartner. Die Richtung stimmt – das ist alles andere als „Gedöns“, wie das Männer-Duo Schröder & Schüren übereinstimmend denkt. Wir Grüne warten nun gespannt auf die Ablehnung dieses Antrages durch CSU, SPD und Neue Mitte und auf die Ergebnisse der Gespräche auf Landrats- und OB-Ebene, ansonsten werden wir Grünen hier konzeptionell tätig werden! Denn: Frauen im Landkreis Miltenberg brauchen in Notsituationen ein adäquates Beratungsangebot – Bedarf ist durch die hohe Anzahl von Erstgesprächen am Telefon belegt!

Neben diesen drei Kritikpunkten ist für die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen-ödp der übermäßige Straßenbau stets etwas, was sich einer kritischen Überprüfung lohnt: Hohe Beträge werden für den Straßenbau ausgegeben. Zwar wissen wir, dass die Ausgaben des Landkreises Miltenberg dem Erhalt der vorhandenen Substanz dienen (was unsere Unterstützung findet); jedoch die Summe aller Straßenbaumaßnahmen im Landkreis Miltenberg (Landes- und Bundesmaßnahmen eingerechnet) das Herz eines jeden von Vernunft dominierten Verkehrspolitikers bluten lassen. Ähnliche Anstrengungen für den ÖPNV wären wünschenswert, eine wirkliche Verkehrswende mit dem ehrgeizigen Ziel, vielen Menschen den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn zu ermöglichen. Doch wir Grünen sind nicht die einzigen, die von einer vollendeten Verkehrswende träumen. Mit uns Grünen träumt einer, von dem man es nicht auf Anhieb erwartet hätte: Bei der öffentlichen Vorstellung der neuen Stadtbushlinie in Würth a.Main formulierte der Bürgermeister von Würth a.Main und Bezirkstagspräsident Dotzel seinen und den grünen Traum, nämlich: nicht nur ein besseres Abend- und Wochenendangebot bei den Bussen, sondern (Zitat): „Ein zweigleisiger S-Bahn-ähnlicher Ausbau unserer Maintalbahn!“ Lieber Herr Dotzel, über alle gefühlten Gräben hinweg träume ich mit Ihnen, lassen Sie uns diese Gräben zuschütten und gemeinsam für diesen Traum kämpfen und ihn wahr werden lassen! Mit diesen Inhalten lassen sich auch ihre schwarz-grüne Visionen, wie Sie diese beim Besuch von Herrn Bütikofer hatten, realisieren!

Sie sehen: Müll, Verkehr, Straßenbau, Gleichstellungsarbeit - es gäbe für uns Ansatzpunkte, diesem Haushalt von Seiten Bündnis 90/Die Grünen-ödp die Zustimmung zu verweigern. Gute Gründe, die Mängel sind eklatant – leider nicht neu! Wir können aber auch nach der Richtung, dem Visionären und dem Richtungweisenden, den großen Linien suchen und ehrlich sein:

Kein Kritikpunkt ist der hohe Schuldenstand. Dahinter stecken Ausgaben für die Bildung. Der Schuldenstand hat sich im Jahr 2007 auf noch immer sehr hohe 52,3 Mio. € reduziert. Investitionen in die Landkreisschulen sind Investitionen in die Bildung und die Zukunftsfähigkeit des Landkreises. Die Gymnasien in Miltenberg und Erlenbach a.Main warten ebenfalls auf eine Generalsanierung. Außerdem stehen Investitionen in Klimaschutz aus!

Aber: Bildung ist mehr als Bauen. Wir Grüne fordern eine Initiative des Landkreises zu einer besseren Vernetzung aller Bildungspartner zur Einrichtung einer Wissensfabrik im Landkreis Miltenberg. Ziel ist eine verstärkte Kooperation von Schule und Wirtschaft, um neue Ressourcen für unsere von der Staatsregierung nur notdürftig ausgestatteten Schulen zu erschließen; inhaltliche und finanzielle Unterstützung muss gesucht werden. Eine heute angekündigte Bildungsoffensive auf Landesebene ist angesichts zahlreicher Vorgänger-

Offensiven und dem daraus entstandenen Murks unglaublich! R 6, G 8, Hauptschulformen und –schließungen, Grundschulen - wir vor Ort bügeln die Fehler der Bayerischen Staatsregierung aus!

Für unseren Landkreis und unsere Kinder appelliere ich daher an unseren Landtagsabgeordneten und Bildungsexperten Rütth: Setzen Sie sich für echte Ganztagschulen mit ganzheitlichem Konzept statt notdürftiger Ganztagsbetreuung ein! Solange dieser Murks jedoch anhält, ist Bildung ein Aufgabenfeld für den Landkreis, wo Initiativkraft gezeigt werden muss; ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Wissensfabrik Landkreis Miltenberg wird deshalb folgen! Unter Umständen muss der Landkreis diese Initiative in den kommenden sechs Jahren auch bei den Hauptschulen zeigen. Auskünfte der Regierung von Unterfranken belegen, dass das Hauptschulsterben auch im Landkreis Miltenberg und in seiner Mainlinie unaufhaltsam weitergehen wird. Dann gibt es einmal im Landkreis nur noch eine einstellige Zahl von Hauptschulen.

1. Die ordnende Hand des Landkreises ist nötig und/oder
2. die Entwicklung neuer regionaler Schulmodelle (längere Gymnasialzeit/neue Form der Sekundarschule). Positiv zu guter letzt: auf Initiative bzw. einen Antrag der Grünen hin wurde die neue von der Bayerischen Staatsregierung geschaffene Möglichkeit die Ganztagsbetreuung an den Förderschulen aufzubauen, gleich aufgegriffen.

Ein Dankeschön an die Verwaltung, die flexibel genug ist, auf Veränderungen zu reagieren und eine Ablehnungsempfehlung auf der Ziellinie noch zur Umsetzung korrigieren zu können. Nicht alleine die Grünen, die betroffenen Kinder und deren Eltern danken es hoffentlich dem Landkreis Miltenberg. Bündnis 90/Die Grünen-ödp stehen für den Bildungslandkreis Miltenberg und für die dafür bereits beschlossenen Investitionen.

Zurück zum Haushalt: Rücklagen im Haushalt sind notwendig für Investitionen und Baumaßnahmen an Schulen sowie in den Klimaschutz. Die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen-ödp sind gegen ein Abschmelzen der Rücklagen, da sie die Bewältigung der Zukunftsaufgaben durch den Landkreis gefährden.

Eine moderate Senkung der Kreisumlage entlastet die Kommunen (jetziger Stand deutlichste Senkung in Unterfranken). Im Jahr 2007 stiegen die Steuereinnahmen der Kommunen im Bund um 8 %. Eine Entlastung der Kommunen ist da; ansonsten steht grüne Politik dafür, die Kräfte durch interkommunale Zusammenarbeit zu bündeln, so wie wir es 2007 erfolgreich im Zentrum Erlenbach/Wörth/Klingenberg beim Hauptschulstandort eingefordert haben und wie wir es auch bei der Ausweisung von Gewerbegebieten fordern, um massiven Leerstand wie in Erlenbach a.Main zu vermeiden; nötig in Anbetracht eines Flächenverbrauchs in Bayern von etwa 15 ha/Tag. In Unterfranken ist der Landkreis Miltenberg nach dem Landkreis Würzburg Spitzenreiter mit ca. 40 % Zunahme an Siedlungs- und Verkehrsfläche (1980 - 2004; Quelle: Bayer. Umweltministerium).

Ein weiteres wichtiges Feld neben der Bildung ist für die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen-ödp der Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit. Der im Vorjahr angepackte und heuer umzusetzende Aufbau einer Beschäftigungsgesellschaft für Langzeitarbeitslose findet unsere nachhaltige Unterstützung. Flexiblere Möglichkeiten im Zuge der Hartz-Reformen und des neuen Arbeitslosengeldes II brachten bereits Erfolge. Flexiblere Angebote schmähten die Rate der arbeitslosen U 25-Menschen im Landkreis Miltenberg deutlich ab und integrierten zudem fast 1.000 Menschen aus dem Landkreis in den ersten Arbeitsmarkt! Drei Viertel der Langzeitarbeitslosen sind jedoch nicht ohne zusätzliche Hilfe in den 1. Arbeitsmarkt rückführbar, weshalb es erstens mutig und entschlossen sowie zweitens richtig und sozial verantwortlich ist, dass der Landkreis hier mit die Initiative ergreift! Es muss und wird uns gelingen, Menschen Bewährungs- und Entwicklungschancen zu geben, ohne bestehende Arbeitsplätze zu gefährden, um diese dauerhaft wieder in Arbeit zu bringen!

Bildung ist der erste, Arbeit der zweite und die Energiewende und ein konsequenter Klimaschutz der dritte Gradmesser für die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen-ödp. Vom Ausschuss für Natur- und Umweltschutz wurde am 15.05.2007 ein wichtiger Schritt getan: EMIL 38, die Energiewende im Landkreis Miltenberg bis zum Jahr 2038 angenommen. Positiv: Annahme des Grundsatzzieles, bis 2038 energieautark zu sein. Negativ: Es fehlt einigen der Glaube an die Umsetzbarkeit des Zieles es gibt noch keine sichtbaren Ergebnisse! Konsequenz daher der Vorschlag der Verwaltung, einen kompetenten und neutralen Partner für die Energieberatung zu suchen. Warum aber in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah. Ich meine den Verein „Energieforum“ im Landkreis Miltenberg. Hier muss und wird der Landkreis zugreifen, wenn sich Kompetenz und Engagement in unserem Landkreis überparteilich entwickelt.

Ein weiterer Schritt in die richtige Richtung: Auf Anregung der Grünen bekommen unsere Landkreisgebäude im Jahr 2008 einen Energiepass und zwar den besseren von zwei möglichen Energiepässen (mit Berechnung der Einsparmöglichkeiten durch bauliche Investitionen in den Klimaschutz). Die Richtung in diesem Haushalt stimmt: Grundsatzentscheidung zur Energiewende und Energiepass. Hier finden wir fundamentale grüne Ziele – hier ist die Messlatte zukünftiger Haushalte für Bündnis 90/Die Grünen-ödp. Hieran muss sich der Landkreis messen. Wir sind unserer Zeit zurück, auch seit Mai 2007 ist wieder viel Zeit ins Land gegangen. Den Rückstand gilt es in den kommenden sechs Jahren aufzuholen.

Zusammenfassung zum Haushalt und zum Votum von Bündnis 90/Die Grünen-ödp:

Unsere Mängelliste:

- Nachholbedarf beim Service und bei der Verwertung von Wertstoffen: Wertstoffhof im Süden des Landkreises Miltenberg.
- Verkehrswende im Landkreis noch nicht vollzogen: Positive Ansätze beim Busverkehr, die dem Vergleich mit den Anstrengungen im Straßenverkehr nicht standhalten.
- Versäumnisse in der Gleichstellungsarbeit durch zu geringe zeitliche und personelle Kapazitäten.

Auf der Positivseite:

- Anstrengungen für die Bildung und Bildungsgerechtigkeit unserer Kinder.
- Kraftanstrengung für die Benachteiligten auf dem Arbeitsmarkt.
- Und ganz entscheidend: Der Grundsatzentscheid für den Klimaschutz und die Energiewende. Dies ist der Punkt, an dem wir Grüne uns in diesem Haushalt wieder finden: Der im Jahr 2007 gefasste Entschluss zur Energiewende unter dem Begriff EMIL 38 und die Umsetzung des Energiepasses für unsere öffentlichen Gebäude.

An dieser Stelle sagen wir nach der Abwägung zwischen gut und schlecht Ja zu diesem Haushalt, nennen aber auch die Parameter für die zukünftige Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen-ödp: Dem Grundsatzbeschluss zur Energiewende müssen konkrete Schritte folgen, denn in dieser wichtigen Sache hinkt der Landkreis Miltenberg anderen Regionen in Deutschland hinterher. Klimaschutz und Energiewende müssen jedoch Chefsache sein – mindestens wie der Tourismus – nicht nur, weil es Arbeitsplätze zu Hause schafft, sondern weil es unsere Zukunft und Existenz sichert! Dies einzulösen werden die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen-ödp in Zukunft im Kreistag fordern!

Kreisrat Dr. Linduschka, Vorsitzender der FDP/UWG führte folgendes aus:

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist Zeit zu sparen, und da Zeit bekanntlich Geld ist, leiste ich heute meinen Beitrag zum Sparen, denn nur durch geschicktes Sparen kann – wie in diesem Jahr - im Landkreis Miltenberg nicht nur die Netto-Neuverschuldung von Null erreicht, sondern können in den nächsten Jahren die Schulden

von derzeit gut 52 Mio. € zurückgefahren werden. Also: Machen wir's kurz: Ich habe das Motto, das da sagt, es ist zwar schon alles gesagt worden, aber noch nicht von mir, schon immer doof gefunden und will mich auch heute nicht daran halten – auch in den nächsten sechs Jahren nicht – versprochen!

Eine Ausnahme muss ich aber doch machen: Herr Kämmerer Straub, Ihnen und Ihrem Team auch von der FDP herzlichen Dank. Sie haben die zweifellos schwierige Umstellung auf den doppelten Haushalt reibungslos und schnell geschafft und ich vertraue darauf, dass wir nach der Aufstellung des sog. Anlagevermögens in absehbarer Zeit die noch fehlende Eröffnungsbilanz vorgelegt bekommen.

Wir stimmen als Liberale diesem Haushalt zu, weil er zumindest ernsthaft versucht, den schwierigen Spagat zwischen den notwendigen Investitionen und der wünschenswerten Sparsamkeit zu schaffen. Denn eines ist klar: Schuldentrückführung wäre – gerade in wirtschaftlichen guten Zeiten wie diesen – sehr wichtig. Zwei andere Dinge sind aber mindestens genau so wichtig und deshalb schließe ich mich ausdrücklich der manchmal zu hörenden Kritik wegen angeblich unzureichender Sparbemühungen nicht an. Diese zwei Dinge sind: Möglichst großer Handlungsspielraum für die Kommunen – und dafür hat dieser Haushalt mit der immerhin größten Senkung der Kreisumlage in Unterfranken ein Zeichen gesetzt – und die Fortsetzung der notwendigen Investitionen. Ein Beispiel für gute Investitionen in die Zukunft sind die Aufwendungen für unsere Schulen, ein zweites Beispiel für positive Entscheidungen stellt die Verdopplung der Summe für Bauunterhalt dar, auch wenn die Summe von 2,2 Mio € für Straßen und Gebäude vermutlich immer noch am unteren Rand des Notwendigen liegt. Dennoch sind die Investitionen von 14,6 Mio. € ein Betrag, der zeigt, dass der Blick durchaus in die Zukunft geht.

Grundsätzlich positiv finden wir die Umstellung von Kameralistik auf Kaufmännische Buchführung, auf den Organisations- und Produkthaushalt. Wenn man sich mit dieser Art des buchhalterischen Vorgehens freiwillig oder gezwungen beschäftigt hat, keimt die Hoffnung, dass dadurch die Transparenz für die Kreistagsmitglieder etwas besser und die Möglichkeiten des Verschiebens von Haushaltsresten – natürlich in bester Absicht – etwas eingeschränkt werden können. Ich will nur darauf hinweisen, dass wir in den nächsten Monaten auf einige Posten – die meisten wurden schon von den Vorrednern angesprochen – besonders aufmerksam achten werden. Dazu gehört vor allem die Entwicklung der bisherigen Krankenhausumlage angesichts der stärker schrumpfenden Zahl von kommunalen Krankenhäusern im Freistaat Bayern, denn wir wollen auf keinen Fall über einen Umweg krankenhaushausfremde Ausgaben Bayerns finanzieren. Und es gehört der Blick auf den Müllhaushalt dazu. Kostendeckend müssen die Gebühren sein. Diese zwingende Vorschrift ist natürlich nicht grenzenlos durch immer neue Interpretationen und Definitionen auszuhöhlen. Dass meines Erachtens auch bei den Personalkosten eine Lohnerhöhung eingepreist wurde, die ganz sicher zu Dankschreiben von Gewerkschaften führen würde, sei nur am Rande erwähnt. Schließlich wollen wir nicht dafür sorgen, dass der Kämmerer seine stets eingeplanten und geschickt platzierten finanziellen Polster verliert und nicht mehr ruhig schlafen kann.

Abschließend also: Wir stimmen dem Kreishaushalt aus Überzeugung zu, bedanken uns für die gute Vorarbeit der Verwaltung und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit in den nächsten sechs Jahren zum Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger.

Der Kreistag fasste sodann auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 13.03.2008 einstimmig folgende

B e s c h l ü s s e :

1. Das von der Landkreisverwaltung vorgelegte Investitionsprogramm wird genehmigt (Art. 64 Abs. 2 LKrO).

2. Der Finanzplan, der von der Verwaltung der Entwicklung angepasst bzw. fortgeschrieben ist, wird angenommen (Art. 64 LKrO).
3. Der Stellenplan für die Verwaltung wird genehmigt (Art. 58 Abs. 3 LKrO).
4. Die Landkreisverwaltung (Landrat und Kämmerer) wird ermächtigt, die in § 2 Abs. 1 der Haushaltssatzung aufgeführten Kredite in Höhe von 2,800.000,00 € im Haushaltsjahr 2008 bei der Bank mit dem günstigsten Zinssatz aufzunehmen.
5. Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 wird gemäß Art. 55 ff LKrO erlassen.

Tagesordnungspunkt 11:

Rückblick auf die Legislaturperiode 2002 bis 2008

Landrat Schwing gab folgende kurze Anmerkungen:

Die Legislaturperiode 2002 bis 2008 sei nicht einfach gewesen, da gerade in den ersten Jahren die finanzielle Situation sehr angespannt gewesen sei. Erst in den letzten beiden Jahren habe sich die Situation gebessert. Es sei aber auch eine Periode mit zahlreichen Weichenstellungen für die Zukunft gewesen:

- Verkauf der Krankenhaus-GmbH Landkreis Miltenberg und damit die Sicherung des Krankenhaus-Standes Miltenberg mit dem Bau einer neuen Teleportalklinik.
- Optimierung der Tourismus- und Marketingstrukturen.
- Bewerbung für das EU-Programm LEADER in ELER. An der Entwicklung wurden zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sowie Gruppierungen beteiligt.
- Einführung moderner Instrumente in der Finanzverwaltung wie die Kosten- und Leistungsrechnung und die Doppik.
- Große Investitionen in die Bildungseinrichtungen, insbesondere auch in die Nachmittagsbetreuung.
- Ausbau der Straßeninfrastruktur.

Landrat Schwing dankte dem Kreistag für seine Arbeit und den Kreisrätinnen und Kreisräten für ihr Engagement. Trotz aller unterschiedlicher Standpunkte habe immer ein kollegiales Verhältnis unter den Mitgliedern des Kreistages bestanden. Für die Zukunft wünsche er sich von den Kreistagsmitgliedern eine noch bessere Präsenz bei den Sitzungen sowie eine vollzählige Teilnahme bis zum Schluss.

Schwing
Vorsitzender

Mottl
Protokollführerin